

Strukturkonzept Land Bremen 2020

Wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Verantwortung für Bremen

Konzept für eine ressortübergreifende Strukturpolitik
des Landes Bremen mit der Perspektive 2020

Strukturkonzept Land Bremen 2020

Wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Verantwortung
für Bremen

Konzept für eine ressortübergreifende Strukturpolitik
des Landes Bremen mit der Perspektive 2020

Inhaltsverzeichnis

Grußwort	5
1 Vorbemerkung	6
2 Strategisches Umfeld	7
2.1 Strukturkonzept Land Bremen 2015	7
2.2 Kohärenz mit der „Europa 2020“ Strategie	7
2.3 Strukturpolitisch relevante Prozesse	8
3 Strukturpolitische Anforderungen	10
3.1 Haushaltssituation	10
3.2 Globale und regionale Trends	11
4 Strukturpolitische Leitthemen	14
4.1 Innovationsorientierung und Internationalisierung des Standortes fördern	15
4.2 Modernisierung der Unternehmensstruktur begleiten	16
4.3 Energiewende gestalten	17
4.4 Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Armut bekämpfen	18
4.5 Attraktivität des Arbeitsmarktes und des Wohnortes steigern	18
4.6 Leistungsfähige Infrastrukturen vorhalten	20
4.7 Eigenständigkeit nutzen	20
5 Strukturpolitischer Weg	22
6 Strukturpolitische Vertiefungsfelder	24
6.1 Clusterstrategie zur Profilierung Bremens als Zentrum und Innovationsstandort der Offshore-Windenergiewirtschaft, der Luft- und Raumfahrt und der maritimen Wirtschaft und Logistik	25
6.2 Langfristige Sicherung eines ausreichenden Fachkräfteangebotes durch eine ressortübergreifende Fachkräftestrategie	26
6.3 Stärkung der industriellen Kerne Bremens durch eine ganzheitliche Industriepolitik	28
6.4 Entwicklung Bremerhavens zum Kompetenzzentrum der Offshore-Windenergiewirtschaft	29
6.5 Förderung der CO ₂ -Minderung und Energieeffizienz für einen nachhaltigen Strukturwandel	30
6.6 Förderung sozialer Integration und benachteiligter Quartiere und Bekämpfung der Armut	31
6.7 Förderung von „guter Arbeit“ als zentrales Element eines attraktiven Arbeitsmarktes	32
6.8 Lebensqualität und Attraktivität in den Innenstädten und den Quartieren steigern	34
6.9 Gewährleistung eines leistungsfähigen Hafenhinterlandverkehrs auf Schiene, Straße und Binnenwasserstraße in Verbindung mit geeigneten Lärmschutzmaßnahmen	36
6.10 Einsatz innovativer Finanzierungsmodelle zur Entlastung der bremischen Haushalte	37
7 Strukturpolitische Perspektive	39

Grußwort

Mit dem vorliegenden „Strukturkonzept Land Bremen 2020“ hat der Senat einen neuen integrativen Weg beschritten. Die Ressorts haben ihre strategischen Ansätze aufeinander abgestimmt, um so ihre strukturpolitischen Anstrengungen gemeinsam zum Wohle Bremens auszurichten. Ziel ist ein Wachstum an Wertschöpfung, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt.

Große Herausforderungen wie der technologische und strukturelle Wandel, die Energie- wende, die Ausgestaltung der föderalen Finanzbeziehungen sowie die Zukunft der Arbeitswelt erfordern eine nachhaltige Positionierung des Senats. Dazu wurde das „Strukturkonzept Land Bremen 2020“ im Rahmen eines ressortübergreifenden Ansatzes unter der Federführung des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen erstellt.

Das „Strukturkonzept Land Bremen 2020“ dient der Verankerung und Weiterentwicklung strukturpolitisch bedeutender Themen in der Landespolitik. Hierdurch sollen mittel- bis langfristige Prioritäten in der ressortübergreifenden Zusammenarbeit erkennbar werden, was sich wiederum in den konkreten Strategien und Zielen der Fachressorts widerspiegeln wird.

Gute Betreuungs- und Bildungsmöglichkeiten, faire Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer, ausreichende Mobilität und attraktive Stadtteile werden mit in den Fokus der bre-mischen Strukturpolitik genommen. Wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Verantwortung werden damit die wesentlichen Orientierungsmaßstäbe der Strukturpolitik! Diese integrative Ausrichtung bestimmt die zentralen Linien der Landespolitik.



Bürgermeister
Jens Böhrnsen
Präsident des Senats der
Freien Hansestadt Bremen



Senator
Martin Günthner
Senator für Wirtschaft,
Arbeit und Häfen

1 | Vorbemerkung

Die Freie Hansestadt Bremen ist geprägt durch ihre traditionelle Funktion als Hafen-, Handels- und Logistikstandort. Ihre Häfen gehören mittlerweile zu den wichtigsten Universalhäfen Europas. Auch ist das Land heute einer der bedeutendsten Industriestandorte in Deutschland und hat sich in seinen innovationspolitischen Schwerpunkten eine internationale Technologieführerschaft erarbeitet.

Der Arbeitsmarkt im Land Bremen hat sich hingegen nicht in gleicher Dynamik mitentwickelt. Die Arbeitslosenquoten sind zwar rückläufig aber weiterhin überdurchschnittlich und das Armutsrisiko vor allem für Kinder und Jugendliche in den beiden Stadtgemeinden noch immer zu hoch. Dies hat wiederum Auswirkungen auf die Bildungssituation, denn zwischen der sozialen Herkunft und den erreichten Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler besteht ein starker Zusammenhang. Dieser sozioökonomische Status spielt gerade in Bremen eine besonders große Rolle, da hier ein relativ hoher Anteil von Kindern zugleich von den drei Risikolagen Armut, Arbeitslosigkeit und Bildungsferne der Eltern betroffen ist. Bildung stellt aber wiederum die Grundbedingung für eine erfolgreiche Beteiligung am späteren Berufsleben dar. Dies macht beispielhaft deutlich, wie eng Politikfelder miteinander verwoben sind. Die strukturpolitisch relevanten Attribute des Landes Bremen werden zusätzlich durch Wissenschafts-, Umwelt-, Verkehrs-, Stadtentwicklungs-, Sozial-, Gleichstellungs- und Kulturpolitik beeinflusst. Die strukturpolitische Herausforderung liegt in einer ausgewogenen Gestaltung des notwendigen Zusammenspiels der einzelnen Politikfelder auf Basis eines gemeinsamen Zielkorridors.

Mit der Orientierung an der „Europa 2020“-Strategie erhält die Strukturpolitik den Auftrag, einen noch stärker integrierten Weg einzuschlagen, der die Aspekte Wissen und Innovation, Ressourcenschonung und CO₂-Minderung sowie Armutsbekämpfung und sozialen Zusammenhalt in den Fokus nimmt. Ziel ist ein Wachstum an Wertschöpfung, Beschäftigung, Produktivität und sozialem Zusammenhalt. Qualifiziertes Wachstum bleibt ein Katalysator des Strukturwandels, um regionalen Wohlstand und Lebensqualität zu stärken. Wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Verantwortung sind damit die wesentlichen Orientierungsmaßstäbe.

Die beteiligten Ressorts haben sich mit dem „Strukturkonzept Land Bremen 2020“ auf ein gemeinsames Verständnis der künftigen Strukturpolitik auf Ebene des Landes geeinigt und wollen die anstehenden Umsetzungsprozesse so organisieren, dass eine erfolgreiche und abgestimmte Vorgehensweise erleichtert wird.

Dazu ist es insbesondere nötig, die Herausforderungen und Problemlagen zu identifizieren für die eine ressortübergreifende Herangehensweise erforderlich ist. Weiterhin ist zu klären, wie die erforderlichen Abstimmungsprozesse gestaltet und umgesetzt werden können. Das „Strukturkonzept Land Bremen 2020“ bildet dazu die konzeptionelle und strategische Grundlage.¹

¹ Zur Erstellung des „Strukturkonzepts Land Bremen 2020“ wurde unter Federführung des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ein dialogorientierter und iterativer Ansatz verfolgt, der eine breite Einbindung der Fachreferate und -ressorts beinhaltete und mit verschiedenen Kammern und Verbänden diskutiert wurde. Eine enge Koordinierung mit der Aufstellung der Operationellen Programme (2014–2020) für die europäischen Struktur- und Investitionsfonds war dabei sichergestellt.

2 | Strategisches Umfeld

2.1 Strukturkonzept Land Bremen 2015

Im Juli 2008 hat der Senat das „Strukturkonzept Land Bremen 2015“ beschlossen. In der Folge und darauf aufbauend wurden von den Ressorts strategische Papiere und Fachprogramme mit strukturpolitischem Beitrag erarbeitet und erfolgreich umgesetzt. So entstanden beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen diverse Fachprogramme als Beitrag zum Strukturkonzept. Zuletzt die Clusterstrategie 2020 (2012), das Gewerbeentwicklungsprogramm der Stadt Bremen 2020 (2012) sowie der Masterplan Hafeneisenbahn Bremerhaven (2011).²

Zudem ist der strategische Ansatz des „Strukturkonzept Land Bremen 2015“ auch in ressortübergreifend angelegte Konzepte und Programme eingegangen, wie in die EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen (2012) als Ausgangspunkt für den verfolgten Verzahnungsansatz der Handlungsfelder, in den Bericht Lebenslagen im Land Bremen – Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen (2009), speziell in die Maßnahmen für mehr Beschäftigung sowie in das Leitbild der Stadtentwicklung 2020 für die Stadt Bremen (2009) – dort speziell in das Handlungsfeld „Innovative und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung anregen und unterstützen“.

> Fazit

Insgesamt ist es in den vergangenen fünf Jahren gelungen, einen gemeinsamen strategischen Rahmen für die Strukturpolitik des Landes aufzufächern. Erklärtes Ziel ist die Wettbewerbsfähigkeit des Landes in einer ökonomisch, sozial und ökologisch tragfähigen Weise zu festigen und zu verbessern und damit die Voraussetzung für existenzsichernde Arbeitsplätze und für zukunftsfähige strukturelle Bedingungen zu schaffen. Dabei hat es sich gezeigt, dass Dialogorientierung und ressortübergreifende Verzahnung die Grundlagen für das Erreichen strukturpolitischer Ziele bilden.

2.2 Kohärenz mit der „Europa 2020“ Strategie

„Europa 2020“ ist die Wachstumsstrategie der EU, in der eine intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft für Europa verfolgt wird und sich diese drei Prioritäten gleichzeitig gegenseitig verstärken sollen.

Der strategische Rahmen für die Strukturpolitik des Landes Bremen soll sich mit der Ausrichtung der „Europa 2020“-Strategie im Einklang befinden. Insofern wird auch die bremische Strukturpolitik umgesetzt unter den besonderen lokalen und regionalen Bedingungen:

- die Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft (Intelligentes Wachstum),
- die Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft (Nachhaltiges Wachstum) sowie
- die Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt (Integratives Wachstum) verfolgen.

Die „Europa 2020“-Strategie wird in Bremen insbesondere sichtbar in der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen sowie in den Programmen der sogenannten „GSR-Fonds“ (EFRE, ESF, ELER, EMFF):³

Die im Jahr 2012 vom Senat beschlossene EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen führt die Bedeutung der sieben Leitinitiativen der „Europa 2020“-Strategie für Bremen aus und

² Weitere sind Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) 2011 (2011), Innovationsprogramm 2020 (2010), Fachkräfteinitiative als zentrale Säule der Qualifizierungspolitik im Land Bremen (2010), Masterplan Industrie Bremen (2010), Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2009 (2010), Konzept Messe Bremen 2010-2015 (2010), Tourismuskonzept Land Bremen 2015 (2009). Der Magistrat Bremerhaven hat 2012 die Wirtschafts- und Beschäftigungsinitiative Bremerhaven fortgeschrieben.

³ Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF), der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) gehören zu den „GSR-Fonds“, da sie einander ergänzende strategische Ziele verfolgen, die durch den „Gemeinsamen Strategischen Rahmen“ vorgegeben werden. Als bereichsübergreifende Grundsätze und Strategieziele werden explizit die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen sowie die nachhaltige Entwicklung gefordert.

bildet damit einen thematischen Bezugsrahmen für die Schnittmengen von Prioritäten der EU mit den EU-bezogenen Handlungsschwerpunkten des Landes Bremen.

Die im Jahr 2012 vom Senat beschlossene EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen führt die Bedeutung der sieben Leitinitiativen der „Europa 2020“-Strategie für Bremen aus und bildet damit einen thematischen Bezugsrahmen für die Schnittmengen von Prioritäten der EU mit den EU-bezogenen Handlungsschwerpunkten des Landes Bremen. Die bremische EU-Strategie legt somit dar, wie das Land Bremen in einem breiten integrierten Ansatz auf der Basis des „Strukturkonzepts Land Bremen 2015“ verschiedene Politikbereiche verbindet, um die drei Handlungsfelder intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum miteinander zu verzahnen. Dazu nennt sie auch die gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und Männern sowie gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit als Kernziele. Mit der Fortschreibung des Strukturkonzepts wird der integrative Ansatz von „Europa 2020“ vertieft aufgenommen, da die verschiedenen strukturpolitisch relevanten Aktivitäten unter gemeinsam formulierten Zielsetzungen zusammengeführt und intensiv abgestimmt werden. Die Kohäsionspolitik soll zukünftig noch stärker an der „Europa 2020“-Strategie ausgerichtet und gemessen werden, weshalb für die Europäische Kommission die Verbindung der operationellen Programme der Mitgliedsstaaten und Regionen zur „Europa 2020“-Strategie wesentlich ist. Das Hauptziel der EU-Strukturfonds 2014–2020 ist demnach, einen wesentlichen, messbaren und sichtbaren Beitrag zu „Europa 2020“ zu leisten. Insofern bilden die vier Fonds für Bremen das zentrale Investitionsinstrument zur Erreichung der „Europa 2020“-Ziele.

Das „Strukturkonzept Land Bremen 2020“ bildet die Dachstrategie auch für die strukturpolitischen Ansätze der Fonds und zeigt sich damit kompatibel mit der „Europa 2020“-Strategie.

> **Fazit**

Die „Europa 2020“-Strategie verfolgt ein Wachstum von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen auf einer Art und Weise, die sowohl intelligent, nachhaltig als auch integrativ ist. Mit der Orientierung an „Europa 2020“ entwickelt sich für die Strukturpolitik Bremens somit ein erweitertes Verständnis der bisherigen Zielformulierung „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Region“, da Bereiche aus zusätzlichen Politikfeldern wie gute Betreuungs- und Bildungsmöglichkeiten, faire Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen, ausreichende Mobilität und attraktive Stadtteile mit in das Zielsystem aufgenommen werden.

2.3 Strukturpolitisch relevante Prozesse

Strukturpolitische Basis des Landes Bremen bilden die Aktivitäten der Wirtschaftspolitik, der Arbeitsmarktpolitik sowie der Hafenpolitik.

Dazu gehören:

- Anreize für die Entwicklung der Unternehmens- und Branchenstruktur setzen, bedarfsgerechte Gewerbeflächen entwickeln, unternehmensnahe Forschung und Innovationen unterstützen, eine ganzheitliche Industriepolitik betreiben, die Entwicklung des Mittelstands begleiten und Existenzgründungen vorantreiben;
- Aktionen zur Sicherung eines quantitativ und qualitativ ausreichenden Fachkräfteangebotes z. B. über Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, zur Verbesserung beruflicher Qualifikationen, zur Optimierung der Übergänge in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem, zur Erhöhung der Integrationschancen Langzeitarbeitsloser sowie Unterstützung für gute, sozialversicherungspflichtige Arbeit;
- Die Wettbewerbsfähigkeit der Seehafen- und Logistikregion sicherstellen und das über Jahrzehnt aufgebaute öffentliche Hafeninfrastrukturvermögen durch eine qualifizierte Bestanderhaltung sichern und einen bedarfsgerechten Ausbau ermöglichen;

Aber diese Basis allein reicht angesichts der strukturpolitisch komplexen Zusammenhänge für den zu verfolgenden integrativen Ansatz nicht aus. Andere Politikfelder beinhalten wichtige ergänzende Beiträge mit strukturpolitischer Wirkung:

- Wissenschaftspolitik sichert ein an die regionalen Wirtschaftsschwerpunkte angepasstes akademisches Fachkräfteangebot, stellt eine leistungsfähige Institutslandschaft sicher und trägt durch den Wissenstransfer zum innovativen Strukturwandel bei.
- Bildungspolitik stellt die Grundbedingung für eine erfolgreiche Beteiligung am späteren Berufsleben und für gesellschaftliche Teilhabe her.
- Bau- und Stadtentwicklung schaffen und erhalten zukunftsfähige Stadtstrukturen und stellen bedarfsgerechten Wohnraum bereit.
- Umweltpolitik dient dem Schutz der Umwelt, dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, eröffnet Chancen für effiziente Umwelttechnologien und -dienstleistungen und sichert und schafft damit Arbeitsplätze.
- Verkehrspolitik sichert allgemeine Mobilität durch zukunftsfähige Infrastrukturen für alle Verkehrsträger und Mobilitätsbedürfnisse.
- Sozialpolitik setzt sich für gleiche Entwicklungschancen verschiedenster Zielgruppen ein, stellt nachfragegerechte Kinderbetreuung sicher und unterstützt Aspekte der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Kulturpolitik stärkt die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt, eröffnet Teilhabe am kulturellen Leben und erhöht durch ein attraktives Angebot die Anziehungskraft der beiden Städte. Ein vielfältiges Kulturangebot im öffentlichen und privaten Bereich unterstützt zudem die Kreativwirtschaft.

Ausgehend von der „Europa 2020“-Strategie stärken insofern auch strategische Konzepte der Bildungs-, Wissenschafts-, Umwelt-, Verkehrs-, Stadtentwicklungs-, Sozial-, Gleichstellungs- und der Kulturpolitik den Standort Land Bremen über die Beeinflussung strukturpolitisch relevanter Aspekte.⁴

Zum strategischen Umfeld gehören zudem die kürzlich fertiggestellten sowie die in der Vorbereitung befindlichen strukturpolitisch relevanten Konzepte unterschiedlicher Ressorts wie das Konzept Bremen Innenstadt 2025, das neue Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm, das Hafenkonzept 2020/25, der Verkehrsentwicklungsplan 2025, der Wissenschaftsplan 2020 sowie der Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm.

Neben diesen Fachprogrammen existieren zudem Bundes- und EU-Programme, die in kohärenter Form zur landespolitischen Strategie mit Landesprogrammen umgesetzt werden. Diese Programme schaffen in vielen Fällen erst die Voraussetzung zur Finanzierung strukturpolitisch bedeutsamer Projekte in Bremen.⁵

Um diese Bundes- und EU-Programme umzusetzen, erstellt das Land Bremen zum Teil eigene landesspezifische Programme, welche wiederum ein wichtiges Fundament für die strukturpolitisch wirkenden Prozesse im Land darstellen.

> Fazit

Neben den Aktivitäten der Wirtschaftspolitik, der Arbeitsmarktpolitik sowie der Hafenpolitik als strukturpolitische Basis sind auch Beiträge anderer Politikfelder vor dem Hintergrund strukturpolitisch komplexer Zusammenhänge zu berücksichtigen. Das Zusammenwirken der einzelnen Ansätze bedarf eines ausgewogenen Vorgehens auf Basis eines gemeinsamen Verständnisses über Ziele und Wege der Umsetzung.

⁴ Dazu gehören beispielhaft der Bildungsbericht mit Fokus Migration (2012), der Entwicklungsplan Partizipation und Integration (2012), die Wohnungsbaukonzeption (2010) mit dem Bremer Bündnis für Wohnen (2012), der Integrierte Bewirtschaftungsplan Weserästuar und Unterweser (2012), der Kulturwirtschaftsbericht für Bremen (2010), das Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 (2009), der Bremer Schulentwicklungsplan (2008) und der Wissenschaftsplan 2010 (2007).

⁵ Dazu zählen die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) (2014 – 2020), die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe: Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) (2014 – 2020), Städtebauförderungsprogramme wie zum Beispiel Stadtumbau West, Aktive Zentren, Soziale Stadt – Investitionen im Quartier, das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation: Horizont 2020 (2014 – 2020), der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) (2014 – 2020), der Europäische Sozialfonds (ESF) (2014 – 2020), der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) (2014 – 2020) sowie der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (2014 – 2020).

3 | Strukturpolitische Anforderungen

3.1 Haushaltssituation

Die Freie Hansestadt Bremen befindet sich in einer extremen Haushaltsnotlage und hat einen Konsolidierungskurs 2010/2020 eingeschlagen. Die systematische Benachteiligung in der Finanzausstattung, der Zusammenbruch wichtiger Schlüsselindustrien und der damit einhergehende Investitionsbedarf zur Förderung des Strukturwandels, sowie erhebliche konjunktur- aber auch steuerrechtsbedingte Einnahmeausfälle haben zu einer anhaltenden extremen Haushaltsnotlage in Bremen geführt. Da dem Land Bremen in den Verhandlungen zur Föderalismuskommission II bestätigt wurde, keine unvertretbaren Ausgaben und/oder Leistungsstandards zu tätigen bzw. vorzuhalten, erhält Bremen ebenso wie vier weitere Bundesländer Konsolidierungshilfen. Unter der Voraussetzung, dass Bremen sein strukturelles Finanzierungsdefizit bis 2020 in 10 gleichen Abbauschritten auf Null reduziert, werden jährlich 300 Mio. € an Zinshilfen über den gesamten Konsolidierungszeitraum (insgesamt also 2,7 Mrd. €) zur Verfügung gestellt.

Die überdurchschnittliche Prägung der bremischen Haushalte durch nur schwer beeinflussbare Problemlagen der kommunalen Ebene zeigt, dass die noch bestehenden eigengestaltbaren Konsolidierungspotenziale des Stadtstaates begrenzt sind. Zudem fließt ein Großteil der fiskalischen Erträge aus Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen über die vertikale Steuerverteilung an den Bund und über den horizontalen Finanzausgleich an die anderen Bundesländer.

Eine nachhaltige Überwindung der Haushaltsnotlage setzt im Rahmen der anstehenden Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen die Beseitigung dieser Benachteiligung, aber insbesondere auch eine Lösung für die Altschuldenproblematik voraus.

Mitentscheidend für den Erfolg der Haushaltskonsolidierung sind zudem die demografischen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen mit ihren Auswirkungen auf zentrale Einnahme- und Ausgabepositionen der Haushalte (wie steuerabhängige Einnahmen, Sozialhilfelasten, Zinsausgaben).

Insofern ist es eine große Herausforderung, zum einen einen leistungsfähigen öffentlichen

Sektor und eine sachgerechte Aufgabenwahrnehmung zu gewährleisten und zum anderen ausreichend Spielräume für Schwerpunktsetzungen strukturpolitisch relevanter Maßnahmen zu behalten.

Die aktuelle Haushaltsaufstellung sieht für die nächsten 2 Jahre eine Steigerung der Investitionen des Stadtstaates Bremen vor – in 2014 auf 434 Mio. € sowie auf 429 Mio. € in 2015 (jeweils ohne Tilgungsausgaben an Sondervermögen). Insgesamt ist allerdings eine weitgehende Konstanz des bestehenden investiven Mittelrahmens (Anschlag 2013 von 414 Mio. €) bis zum Jahr 2017 vorgesehen. So werden gemäß Finanzplan 2012–2017 als längerfristige Orientierung der Haushaltswirtschaft für den Stadtstaat Bremen die Investitionsausgaben für das Land Bremen zusammen mit den Städten Bremen und Bremerhaven in 2017 gegenüber dem Wert aus 2013 einen leichten Rückgang auf 411 Mio. € p. a. erfahren. Die über die Anschlagswerte 2015 hinausgehenden Investitionsausgaben sind in ihrer Höhe an den Anforderungen des bremischen Konsolidierungspfades zu orientieren. Die Erfordernisse der strukturpolitischen Handlungsfähigkeit sind in diesem Rahmen zu erfüllen.

Strukturpolitik bedarf aber auch ausreichender konsumtiver Mittel, denn Investitionen „in Köpfe“ etwa über Ansätze der Arbeitsmarkt- und der Bildungspolitik bilden die entscheidende Grundlage für die Zukunftsfähigkeit des Landes Bremen.

> Fazit

Die Vorgabe der Schuldenbremse erfordert von der Freien Hansestadt Bremen immense Anstrengungen in den kommenden Jahren. Zum einen sind die Ressorts zunehmend gefordert, transparente Priorisierungen ihrer Aktivitäten vorzunehmen. Dazu sind Kriterien für regionalpolitisch bedeutsame Maßnahmen anzuwenden sowie die Auswahl- und Begründungsverfahren ausdifferenzieren. Zum andern wird die Organisation von Fördermaßnahmen weiter zu optimieren sein. Die Strukturpolitik wird die Investitionen weiterhin für verlässliche Rahmenbedingungen nutzen und aktivierende Anreize setzen.

3.2 Globale und regionale Trends

Eine zukunftsorientierte Strukturpolitik ist durch einen vorausschauenden Umgang mit den absehbaren Folgen regionaler und globaler Trends gekennzeichnet. Für den Standort ist entscheidend, inwiefern sich ergebende Chancen für die regionale Ebene genutzt werden und entwicklungshemmende Risiken vorzeitig gemindert werden können.

Nachfolgende Übersicht zeigt zentrale Herausforderungen für die regionale Ebene auf und leitet strukturpolitisch relevante Leitthemen für Bremen her.

> Trend: Globalisierung sowie struktureller und technologischer Wandel

Strukturpolitische Auswirkungen

Entwicklung der Schwellenländer verändert den globalen Wettbewerb | Abhängigkeit von internationalen Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrisen steigt durch zunehmende Einbindung in ausländische Märkte | Bedeutungsgewinn der Industrie als Schlüsselbranche | Humankapital wird zur Schlüsselressource | Querschnittstechnologien sind Impulsgeber für Innovationen und Wachstum | Intelligente Verknüpfung von Industrie und Dienstleistungen schafft Wachstum für etablierte Branchen (hybride Wertschöpfung) | Projektwirtschaft wird Basis für Innovations-, Technologie- und Wettbewerbsvorsprünge | Online-Handel entkoppelt Beziehung von Käufern und Verkäufern | Internationale Warenströme nehmen zu und erhöhen den Logistikbedarf | Dienstleistungen werden zur modernen Exportware

Zentrale Chancen und Risiken für Bremen

Chancen durch internationale Positionierung Bremens als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort | Chancen durch Profilierung der Innovationscluster | Potenziale für hybride Wertschöpfung, da starker Industriestandort | Chancen zur Modernisierung des Einzelhandels | Gute Voraussetzungen für die Ansiedlung von Unternehmen mit hohen Ansprüchen an Verkehrsinfrastruktur | Teilhabe am internationalen Seeverkehr als Chance | Chancen durch Profilierung des Hafen- und Logistikstandortes Bremen/Bremerhaven im internationalen Wettbewerb

Leitthemen für Bremen

Innovationsorientierung und Internationalisierung des Standortes fördern | Modernisierung der Unternehmensstruktur begleiten | Leistungsfähige Infrastrukturen vorhalten

› **Trend: Klimawandel sowie Energie- und Ressourcenverfügbarkeit**

Strukturpolitische Auswirkungen

Steigende Rohstoffpreise | Ressourcen- und effizienzsteigernde Innovationen versprechen langfristige Wachstumspotenziale | Energiewende setzt Fokus auf Nutzung erneuerbarer Energien | Neue Mobilitätsformen werden notwendig | Minderung von CO₂-Emissionen als gesellschaftliche Verantwortung | Effizientere Technologien und Erneuerbare Energien können Wegbereiter einer klimafreundlicheren Volkswirtschaft sein

Zentrale Chancen und Risiken für Bremen

Chancen durch Standortvorteile im Bereich Offshorewindenergie | Risiko durch politische Rahmenbedingungen auf Bundesebene (gefährden ggf. das Investitionsverhalten der Unternehmen im Bereich Offshorewindenergie) | Chancen durch nachhaltigen Verkehr | Chancen durch energieeffiziente Produktion und CO₂ mindernde Innovationen | Potenziale im energetischen Verwerten von Ressourcen und Restprodukten | Potenziale durch gebündelte Kompetenzen in Klimaforschung und Klimaschutz | Risiko erhöhter Aufwendungen für den Küstenschutz

Leitthemen für Bremen

Energiewende mitgestalten

› **Trend: Demographischer Wandel sowie Zunahme von Ungleichheiten**

Strukturpolitische Auswirkungen

Zunehmende Alterung der Bevölkerung und des Erwerbspersonenpotenzials | Neue Familienformen jenseits des traditionellen Modells nehmen zu | Rückläufige Entwicklung der Erwerbsbevölkerung | Trend zu mehr atypischen Arbeitsverhältnissen | Entstehen von Arbeitsverhältnissen mit hohem Maß an Instabilität und niedriger, nicht existenzsichernder Entlohnung | Deutliche Einkommensspreizung zwischen hohem und geringem Einkommen | Wettbewerb um Fachkräfte nimmt zu | Wohn- und Arbeitsortpräferenzen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewinnt zunehmend an Bedeutung als Standortfaktor für Unternehmen | Zuwanderung bietet neue Chancen insbesondere für die Städte | Bedeutungswandel der Städte für die Themen Wohnen und Arbeiten

Zentrale Chancen und Risiken für Bremen

Risiko durch Absinken des Erwerbspersonenpotenzials ab 2020 | Risiko für kommunale Finanzen (Aufstockung) und für Sozialversicherungssysteme insbesondere durch Arbeitsverhältnisse mit niedriger, nicht existenzsichernder Entlohnung, dadurch künftiges Risiko einer sinkenden Kaufkraft | Chance durch Profilierung des Standortes mit „guter Arbeit“ | Risiken durch Chancengleichheiten beim Bildungszugang | Chancen durch Gestaltung von Migration | Risiko durch Verfestigung von Armut und Ausgrenzung, weiter wachsende Kinderarmut | Risiko durch Ballung sozialer Problemlagen auf Stadtteilebene | Risiko durch veränderte Nachfrage in den Wohnungsmarktsegmenten | Chancen durch verstärkte Innenentwicklung | Chance durch Profilierung als lebendiger Kultur- und Veranstaltungsstandort | Chance durch Beibehalten der überdurchschnittlichen Attraktivität für Hochqualifizierte | Chancen durch Positionierung als touristische Destination

Leitthemen für Bremen

Attraktivität des Arbeitsmarktes und des Wohnortes steigern | Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Armut bekämpfen

> Trend: Anhaltende extreme Haushaltsnotlage in Bremen

Strukturpolitische Auswirkungen

Begrenzte eigengestaltbare Konsolidierungspotenziale des Stadtstaates | Steigende Belastung durch Zinsausgaben für bestehende Altschulden

Zentrale Chancen und Risiken für Bremen

Risiko eingeschränkter Gestaltungsfähigkeit der öffentlichen Hand | Chance durch Neugestaltung gerechter Bund-Länder-Finanzbeziehungen | Chancen durch Einsatz innovativer Finanzierungsinstrumente

Leitthemen für Bremen

Eigenständigkeit nutzen

In anderen Themenfeldern ist das Land Bremen zwar bereits tätig, aber die Aktivitäten werden noch nicht systematisch ressortübergreifend koordiniert (zum Beispiel die Initiativen zur Begegnung des Fachkräftebedarfes, die Förderung lokaler Ökonomie in den Stadtteilen oder Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität des Arbeitsmarktes).

> Fazit

Eine nachhaltige Entwicklung in der Region zu gestalten bedeutet die aufgezeigten globalen und regionalen Trends aufzugreifen und durch frühzeitiges Agieren Potenziale zu nutzen und Nachteile für die Region zu verhindern.

Ziel ist es, als Region gegenüber risikobehafteten Trends widerstandsfähig zu sein (Resilienz) und die sich aus dem vorhandenen Potenzial ableitenden Chancen durch eine aktive Gestaltung der regionalen Entwicklung zu nutzen.

4 | Strukturpolitische Leitthemen

Um der angestrebten Verzahnung der Ressorts gerecht zu werden, bedarf es einer Politik, die ihre Kraft bündelt und ihre strukturpolitischen Aktivitäten auf einem gemeinsamen Zielkorridor ausrichtet. Wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Verantwortung bilden dazu die wesentlichen Orientierungsmaßstäbe.

Die „Europa 2020“-Strategie verdeutlicht, dass nur ein Miteinander der drei Wachstumsansätze intelligent, nachhaltig und integrativ zu einem Mehr an Wertschöpfung, Beschäftigung, Produktivität und sozialem Zusammenhalt sorgt. Hier hat Wachstum eine wichtige Bedeutung für die Stärkung des regionalen Wohlstands und der Lebensqualität als übergeordnete Zielsetzung.

In Abgrenzung von Strukturpolitik muss als notwendige Grundversorgung eine gesicherte Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen für die Allgemeinheit erfolgen. Diese Elemente der Daseinsvorsorge umfassen zum Beispiel die Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit, ein funktionierendes Justizwesen, eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung, eine ausreichende Versorgung mit Bildungsinfrastruktur, Gewährleistung kultureller Infrastruktur und die Bereitstellung von Energie- und Wasserversorgung bzw. von Entsorgungssystemen.

Strukturpolitik bietet dagegen Anreizstrukturen und setzt Rahmenbedingungen, die es erleichtern, zukunftsfähige und existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, das Einkommen in der Region zu erhöhen sowie wirtschaftliche Freiräume und Entwicklungschancen der Unternehmen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszubauen. Dabei muss Strukturpolitik verantwortungsvoll mit begrenzten Ressourcen umgehen, den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt stärken und geschlechtergerechte Lebensbedingungen schaffen.

Auch Ansätze zur Stärkung der lokalen Ökonomie zählen zur Strukturpolitik, da die zugehörigen Unternehmen eine überaus enge Standortbindung an ihr Quartier aufweisen und wichtige Funktionen für den Stadtteil und die gesamte Ökonomie einer Großstadt innehaben. Ergänzende Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen, erhöhen

zudem durch die Stärkung der Solidarität das soziale Kapital und damit den Wohlstand der Region.

Für die Strukturpolitik im Land Bremen sind ausgehend von den globalen und regionalen Trends zentrale Leitthemen identifiziert worden. Mit ihnen will Bremen die Chancen des fortschreitenden Wandels nutzen und gestalten.

Daher bilden diese Leitthemen zugleich auch die strukturpolitischen Ziele Bremens auf der operativen Ebene:

Innovationsorientierung und Internationalisierung des Standortes fördern

Modernisierung der Unternehmensstruktur begleiten

Energiewende mitgestalten

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Armut bekämpfen

Attraktivität des Arbeitsmarktes und des Wohnortes steigern

Leistungsfähige Infrastrukturen vorhalten

Eigenständigkeit nutzen

Für jedes dieser strukturpolitischen Leitthemen werden nachfolgend die strukturpolitischen Ziele konkretisiert. Zudem werden die Schwerpunkte bis zum Jahr 2020 sowie die zugehörigen Aktivitäten der Ressorts dargelegt. Es zeigt sich, dass zum Teil die strukturpolitischen Ziele schon durch bestehende Fachprogramme und Konzepte abgedeckt werden. Andere Aktivitäten erfordern hingegen neue systematische ressortübergreifende Ansätze.

4.1 Innovationsorientierung und Internationalisierung des Standortes fördern

Konkretisierung des strukturpolitischen Ziels

→ Ziel ist eine breite Innovationskultur zu schaffen und Bremen als innovativen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort international zu positionieren.

Schwerpunktsetzung bis 2020

→ Der Fokus der Aktivitäten liegt auf der Förderung eines unternehmensorientierten Innovationssystems durch eine profilierte Forschungslandschaft und innovative Hochschulbildung sowie auf der Erleichterung des Zugangs zu Bildung als Schlüssel zur persönlichen Selbstständigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe.

Zugehörige Aufgaben

→ Langfristige Sicherung eines ausreichenden Fachkräfteangebotes in wirtschaftsstrukturell relevanten Branchen durch eine ressortübergreifende Fachkräftestrategie zur Sicherung des Fachkräfteangebotes vor dem Hintergrund einer alternden und abnehmenden Erwerbsbevölkerung.

→ Stärkung der Arbeitsmarktrelevanz der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung.

→ Bindung der Studierendengeneration durch das Hochschulsystem.

→ Zielgerichtetes internationales Standortmarketing zur Positionierung Bremens als innovativer Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort, insbesondere auf Basis der Innovationscluster.

→ Unterstützung der Internationalisierung der Bremer Wirtschaft durch Auf- und Ausbau internationaler Netzwerkbeziehungen und Förderung von Markterkundung und -erschließung z. B. im Rahmen von Delegationsreisen.

Innovationsprogramm 2020 (2010) und Clusterstrategie (2012)

- Profilierung Bremens als Zentrum und Innovationsstandort der Offshore-Windenergie-wirtschaft, der Luft- und Raumfahrt und der maritimen Wirtschaft und Logistik
- Kompetenzfelder mit Zukunftspotenzial stärken (Automobilindustrie, Umweltwirtschaft, Gesundheitssektor mit LifeSciences, Nahrungs- und Genussmittelsektor, Kreativwirtschaft, Maschinenbau mit Robotik)
- Forcieren des Technologie- und Wissenstransfers innerhalb und zwischen den Clustern und Kompetenzfeldern
- Weiterentwicklung der FuE-Meile in Bremerhaven forcieren
- Regionale Strategie der intelligenten Spezialisierung („smart specialisation“)
- Zusammenarbeit mit der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten u. a. beim Clustermarketing für die internationale Kommunikation

Schulentwicklungsplan (2008), Bildungsbericht mit Fokus Migration (2012)

- Entkoppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg

Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung

- Verabredungen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze, zur Integration von besonderen Zielgruppen in eine betriebliche Ausbildung und zur Umgestaltung des sogenannten Übergangssystems
- Ausbildungsplatzgarantie: Ab dem Ausbildungsjahr 2015/2016 soll jedem Schulabgänger und jeder Schulabgängerin in Bremen und Bremerhaven ein Ausbildungsplatz angeboten werden
- Etablierung einer Jugendberufsagentur

Wissenschaftsplan 2007 (2008) und Wissenschaftsplan 2020 (für 2014 geplant)

- Stabilisierung und Optimierung des Wissenschaftssystems
- Bindung und Anziehung der studierwilligen und studienfähigen Generation an das Land Bremen durch ein attraktives Hochschulsystem
- Sicherung der FuE-Potenziale an Hochschulen

- und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zur Erhaltung innovativer Impulse für die regionale Wirtschaft und der Kooperationsfähigkeit gegenüber den Unternehmen
- Nutzung der exzellenten Forschung für eine attraktive, zukunftsorientierte Lehre
 - Kulturwirtschaftsbericht für Bremen (2010), Nutzung der Chancen der Kultur- und Kreativwirtschaft

„Zukunftsplan 2017“ zur Zukunftssicherung der kommunalen Krankenhäuser

- Aufbau eines medizinischen Netzwerkes zur Förderung der Klinikversorgungsforschung – Operationelles Programm des ESF und Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven 2014 – 2020
- Zugang zum lebenslangen Lernen, Steigerung der Kompetenzen von Arbeitskräften und Erhöhung der Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung

Operationelles Programm des EFRE 2014 – 2020

- Stärkung eines spezialisierten, unternehmerorientierten Innovationssystem
- Diversifizierung und Modernisierung der Wirtschaftsstruktur
- Förderung CO₂-effizienter Wirtschafts- und Stadtstrukturen

4.2 Modernisierung der Unternehmensstruktur begleiten

Konkretisierung des strukturpolitischen Ziels

- Ziel ist eine zukunftsfähige industrielle und dienstleistungsorientierte Wertschöpfung mit „guter Arbeit“ für Frauen und Männer.

Schwerpunktsetzung bis 2020

- Der Fokus der Aktivitäten liegt auf der Weiterentwicklung einer nachhaltigen Industriepolitik und der Stärkung des Mittelstands.

Zugehörige Aufgaben

- Fortschreibung der Industriepolitik des Landes Bremen
- Unterstützung eines ausgewogenen Mix aus industrieller und dienstleistungsorientierter Wertschöpfung
- Förderung betrieblicher Investitionen mit Blick auf das volle Spektrum der bremischen Wirtschaftsstruktur, insbesondere mit dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP)
- Sicherung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen
- Aktivitäten, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen
- Ausbau vorhandener Stärken und Standortvorteile der maritimen Wirtschaft und Wissenschaft
- Attraktivität des Werft-, Schifffahrt- und Reedereistandorts Bremen erhalten
- Weiterentwicklung des Logistikstandorts Bremen/Bremerhaven
- Energieeffizienz und CO₂-Minderung unterstützen

Masterplan Industrie Bremen (Juni 2010)

- Stärkung industrieller Kerne mit einer aktiven und dialogorientierten Industriepolitik
- Besonderes Augenmerk gilt den industriellen Leitbranchen (Automotive, Luft- und Raumfahrt, Maritime Wirtschaft und Offshore-Windenergie)
- Für Bestandsunternehmen mit besonderer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort wird das Key-Account Management eingeführt (z. B. Beteiligung von Großunternehmen an Clustern, Unterstützung bei der Lösung gewerbeflächenbezogener Problemstellungen)
- Sicherung der Fisch und Lebensmittel verarbeitenden Industrie in Bremerhaven als Kern des Querschnittssektors Ernährungswirtschaft Gewerbeentwicklungsprogramm der Stadt Bremen 2020 (2012)
- Profilierung branchenbezogener Standorte – Wirtschafts- und Beschäftigungsinitiative Bremerhaven (Magistrat BHV, 2012 fortgeschrieben)

- Stärkung der Integration von Produktion und Dienstleistung, insbesondere im Rahmen der Clusterstrategie für die Schwerpunkte Maritime Wirtschaft und Offshore-Windenergie

Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2009 (2010)

- Stärkung des Mittelstands durch wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und durch die Aufstellung des Staates als bürgerfreundlicher Dienstleister
- Stärkung des Handwerks und der Dienstleistungswirtschaft sowie Vorantreiben der Existenzgründungen

Operationelles Programm des ESF und Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven 2014 – 2020

- Zugang zu existenzsichernder Beschäftigung und Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte
- Zugang zum lebenslangen Lernen, Steigerung der Kompetenzen von Arbeitskräften und Erhöhung der Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung
- Aktive Eingliederung (von langzeitarbeitslosen Menschen)

Operationelles Programm des EFRE 2014 – 2020

- Diversifizierung und Modernisierung der Wirtschaftsstruktur
- Förderung CO₂-effizienter Wirtschafts- und Stadtstrukturen
- Stabilisierung benachteiligter Stadtteile durch integrierte Entwicklungsansätze

4.3 Energiewende gestalten

Konkretisierung des strukturpolitischen Ziels

→ Ziel ist die Nutzung der Chancen durch Standortvorteile im Bereich der erneuerbaren Energien – insbesondere durch Offshorewindenergie – und durch energieeffiziente Innovationen.

Schwerpunktsetzung bis 2020

→ Der Fokus der Aktivitäten liegt auf CO₂-Minderung, Energieeffizienz und Stärkung der erneuerbaren Energien.

Zugehörige Aufgaben

- Unterstützung von Ansätzen für eine CO₂-arme, ressourcenschonende und energieeffiziente Wirtschaftsweise und klimaschonende industrielle Produktionsprozesse
- Weiterentwicklung von Klima- und Umweltschutz in Häfen und Schifffahrt
- Nutzung von CO₂-Reduktionspotenzialen im Mobilitätsbereich
- Energiepolitisches Zieldreieck beachten (Umweltfreundlichkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit) und Verwirklichung der Ziele des Bremischen Energiegesetzes
- Einsatz erneuerbarer Energien, intelligenter Netze sowie moderner Mobilitäts- und Wohnkonzepte

Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 (2009)

- Nutzung von CO₂-Reduktionspotenzialen
- Differenzierte Förderungs-, Beratungs- und Informationsangebote zum Klimaschutz
- Steigerung der CO₂-Effizienz in der Produktion

Wirtschafts- und Beschäftigungsinitiative Bremerhaven (Magistrat BHV, 2012 fortgeschrieben)

- Entwicklung des südlichen Fischereihafens als Zentrum des Offshore-Windenergieclusters im Land Bremen einschließlich nötiger Infrastrukturen für berufliche Aus- und Weiterbildung

Betriebliches Bündnis für die Windenergieindustrie

- Verabredungen für die Jahre 2013 – 2015 in den Arbeitsfeldern Gestaltung und Ausbau der beruflichen Weiterbildung und Erstausbildung, Einbeziehung der Hochschulen, Integration von Arbeitslosen, überregionale Personalakquisition, Kurzarbeit und Qualifizierung und Leiharbeit

Operationelles Programm des EFRE 2014 – 2020

- Förderung CO₂-effizienter Wirtschafts- und Stadtstrukturen

4.4 Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Armut bekämpfen

Konkretisierung des strukturpolitischen Ziels

→ Ziel ist durch auf Zielgruppen spezifizierte und integrativ ausgerichtete Ansätze Armut zu bekämpfen und einer sozialen Spaltung entgegenzuwirken.

Schwerpunktsetzung bis 2020

→ Der Fokus der Aktivitäten liegt auf Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut sowie auf integrierten Handlungsansätzen der Stadt(teil)entwicklung.

Zugehörige Aufgaben

→ Förderung langzeitarbeitsloser Menschen im regionalen Umfeld durch Verknüpfung von Beschäftigungsförderung, Aktivierung, Qualifizierung und Infrastrukturmaßnahmen in sozial benachteiligten Stadtteilen

→ Erleichterung des Zugangs zu Beschäftigung für Langzeitarbeitslose

→ Ermöglichung und Unterstützung der Teilhabe von Alleinerziehenden am Erwerbsleben

→ Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund im Arbeitsleben (Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Förderung interkultureller Ansätze, Stärkung von diversity-Ansätzen in der Förderung)

→ Inklusion durch Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben

→ Angebote für Mikrofinanzierungen und Beratung sowie Unterstützung von Netzwerken für Unternehmen der lokalen Ökonomie

Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven (2007 – 2013)

- Strukturwandel arbeitsmarktpolitisch flankieren – Beschäftigungspotenziale ausbauen
- Kompetenzen der Menschen fördern – Individuelle Arbeitsmarktchancen stärken

- Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen – Teilhabe an Beschäftigung ermöglichen
- Schwerbehinderte Menschen fördern – Integration unterstützen
- Lebenslagen im Land Bremen – Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen (2009)
- Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit
- Verbesserung der Lebenssituation und Einkommenslagen von besonders benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen

Operationelles Programm des ESF und Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven 2014 – 2020

- Zugang zu existenzsichernder Beschäftigung/ Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte
- Zugang zum lebenslangen Lernen, Steigerung der Kompetenzen von Arbeitskräften und Erhöhung der Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung
- Aktive Eingliederung (von langzeitarbeitslosen Menschen)

Operationelles Programm des EFRE 2014 – 2020

- Stabilisierung benachteiligter Stadtteile durch integrierte Entwicklungsansätze

4.5 Attraktivität des Arbeitsmarktes und des Wohnortes steigern

Konkretisierung des strukturpolitischen Ziels

→ Ziel ist die Steigerung der Attraktivität des Arbeitsmarktes sowie die Sicherung der oberzentralen Funktion der Stadt Bremen und der Stadt Bremerhaven in der Region.

Schwerpunktsetzung bis 2020

→ Der Fokus der Aktivitäten liegt auf Unterstützung von „guter Arbeit“ zur Steigerung der Attraktivität des Arbeitsmarktes und damit des Standortes sowie der Entwicklung eines überregional ausstrahlenden Innenstadtzentrums in der Stadt Bremen und der Stärkung der innerstädtischen Potenziale Bremerhavens einschließlich der Havenwelten.

Zugehörige Aufgaben

- Elemente „guter Arbeit“ zur Steigerung der Attraktivität des Arbeitsmarktes und einer zukunftsorientierten Standortpolitik unterstützen
- Unterstützung von Frauen und Männern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beziehungsweise von Erwerbs- und Familienarbeit (unter anderem beim Thema Pflege und Beruf)
- Bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung
- Image profilieren und Identität stärken im Rahmen des integrierten Standortmarketings
- Kultur- und Veranstaltungsförderung
- Weiterentwicklung des Programms Wohnen und Arbeiten in Bremen-Nord

Bremen Innenstadt 2025 (2013)

- Die Funktion als Oberzentrum in der Metropolregion soll gestärkt werden
- Stärkung der Innenstadt als Arbeitsort und Aktivierung als Ort für Freizeit, Kultur und Tourismus sowie die Weiterentwicklung als Wohnort
- Der Erlebnisraum Innenstadt soll verbessert werden, indem die städtebauliche Qualität weiter ausgebaut wird und die Aufenthaltsqualität und Verweildauer erhöht werden

Zentren- und Nahversorgungskonzept für die Stadt Bremen (2009)

- Stabilisierung und Erhalt der Funktionsfähigkeit der Stadtteilzentren und der Innenstadt sowie Sicherung der Nahversorgung in den Quartieren
- Stärkung der Zentren als Identifikationsort durch die City- und Stadtteilinitiativen

Leitbild der Stadtentwicklung 2020 für die Stadt Bremen (2009)

- Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch integrierte Stadtentwicklung und ressortübergreifendes Handeln
- Förderung eines attraktiven Wohnumfeldes durch Lärmvermeidung und -schutz

- Förderung urbaner Aufenthaltsqualität und attraktiver Freiraumgestaltung
- Förderung einer integrierten Stadtentwicklung
- Identifizieren zusätzlicher gesellschaftlicher Bedarfe in sozial benachteiligten Stadtteilen
- Ausbau der Stadt der kurzen Wege und Unterstützung von unterschiedlichen Mobilitätsangeboten

Wohnungsbaukonzeption (2010/2012)

- Voraussetzungen für bedarfsgerechten Wohnraum schaffen
- Schaffung von preiswerten Wohnraum für schwächere Einkommensschichten

Raumplanerischer Vertrag für die Region Bremen (2013)

- Mit dem raumplanerischen Vertrag werden verbindlich gemeinsame raumplanerische Zielsetzungen, Grundlagen und Verfahren für die Einzelhandelssteuerung in der Region Bremen vereinbart
- Wirtschafts- und Beschäftigungsinitiative für Bremerhaven (Magistrat BHV, 2012 fortgeschrieben)
- Bremerhaven als Oberzentrum durch weitere Integration städtischer Räume in Wert setzen (den Stadtteil Geestemünde mit den Potenzialen des Handels- und Fischereihafens verknüpfen, den Stadtteil Lehe mit den Havenwelten verknüpfen)
- Weiterentwicklung der zentralen Tourismusareale und ihrer Vernetzungen
- Entwicklung zielgruppenspezifischer Angebote
- Fortschreibung des Masterplan Fischereihafen

Operationelles Programm des EFRE 2014 – 2020

- Stabilisierung benachteiligter Stadtteile durch integrierte Entwicklungsansätze

Schulentwicklungsplan (2008) und Bildungsbericht mit Fokus Migration (2012)

- Entkoppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg

Kulturwirtschaftsbericht für Bremen (2010)

- Förderung einer kulturellen Vielfalt in den Städten Bremen und Bremerhaven als Standortfaktor in der Region

4.6 Leistungsfähige Infrastrukturen vorhalten

Konkretisierung des strukturpolitischen Ziels

→ Ziel ist eine qualifizierte infrastrukturelle Versorgung durch den dauerhaften Erhalt, den Neubau und die qualitative Aufwertung von gewerblichen Infrastrukturen (Flächen, Gebäuden), verkehrlichen Infrastrukturen (Straßen, Gleise, Hafenhinterlandverkehrsachsen) und Hafeninfrastukturen.

Schwerpunktsetzung bis 2020

→ Der Fokus der Aktivitäten liegt auf dem Bestandserhalt und auf einem bedarfsgerechten Ausbau strukturpolitisch relevanter öffentlicher Infrastrukturen.

Zugehörige Aufgaben

→ Weiterentwicklung des „Stadtbremischen Überseehafengebiets“ einschließlich der angrenzenden Gewerbestandorte mit besonderem Fokus auf LogInPort sowie Anbindung durch den Hafentunnel an A 27

→ Ringschluss der A281 weiter vorantreiben

→ Gute Erreichbarkeit der Städte für den Wirtschaftsverkehr und für weitere Verkehrsträger sicherstellen

→ Umweltfreundliche Verkehrskonzepte und die Steigerung der Verkehrssicherheit

→ Leistungsfähige Hafenhinterlandanbindung auf Schiene, Straße und Binnenwasserstraße gewährleisten

→ Qualifizierter Bestandserhaltung des über Jahrzehnte aufgebauten öffentlichen Hafeninfrastukturvermögens

→ Weitere Entwicklung des Verkehrsflughafens

→ Kooperation mit dem Sea-Airport Cuxhaven/Nordholz nach Aufgabe des Flugplatzes Luneort

Gewerbeentwicklungsprogramm der Stadt Bremen 2020 (2012)

- Ausrichtung der Gewerbeflächenpolitik auf den Bedarf der Unternehmen mit einem Vorrang für die Binnenentwicklung
- Erschließung und Vermarktung der zentralen Gewerbestandorte (insbesondere Bremer Wollkämmerei, Güterverkehrszentrum, Gewerbepark Hansalinie, Überseestadt)
- Einrichten einer Gewerbeflächenkonferenz als zusätzliches Planungs- und Kontrollinstrument, um langfristige Bedarfe von Unternehmen frühzeitig zu identifizieren und ausreichend restriktionsfreie Flächen zeitnah in das Angebot aufnehmen zu können

Wirtschafts- und Beschäftigungsinitiative Bremerhaven (Magistrat BHV, fortgeschrieben 2012)

- Fokussierte Entwicklung der Industrie- und Gewerbeflächen in den Kompetenzclustern
- Zusammenarbeit im Bereich der gemeinsamen Gewerbegebietsvermarktung im Rahmen des Regionalforums und interkommunale Gewerbegebietsentwicklung bedarfsgerecht weiterentwickeln
- Realisierung des Hafentunnels bis 2019 Masterplan Hafeneisenbahn Bremerhaven (2011)
- Leistungsfähige Schieneninfrastruktur zur Sicherstellung der Anbindung an das Hinterland, ggf. in Verbindung mit geeigneten Lärmschutzmaßnahmen

Operationelles Programm des EFRE 2014 – 2020

- Diversifizierung und Modernisierung der Wirtschaftsstruktur

4.7 Eigenständigkeit nutzen

Konkretisierung des strukturpolitischen Ziels

→ Ziel ist eine verlässliche staatliche Ordnung und eine effektive Verwaltung, die die bremischen Interessen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene aktiv vertritt.

Schwerpunktsetzung bis 2020

→ Der Fokus der Aktivitäten liegt auf einem effektiven wirtschafts- sowie bürgerfreundlichen Verwaltungssystem sowie auf geeignete

ten Formen der Governance zur Förderung der Vernetzung der öffentlichen Hand mit relevanten Akteurinnen und Akteuren und zur Stärkung der Position des Landes gegenüber anderen Bundesländern und gegenüber Bund und EU.

Zugehörige Aufgaben

→ Weichen stellen für die Neugestaltung gerechter Bund-Länder-Finanzbeziehungen, insbesondere für die Lösung der Altschulden und für eine aufgabenadäquate Finanzausstattung der Stadtstaaten

→ Systematisches Einbinden der regionalen Akteure sowie der Bürgerinnen und Bürger, um gemeinsame Ziele zu entwickeln und dafür auch einzutreten

→ Verwaltungsmodernisierung für eine bürger- und wirtschaftsfreundliche Verwaltung

→ Entwicklung ressortübergreifender Umbaustrategien für ein wirkungsvolles Verwaltungshandeln vor dem Hintergrund eines abnehmenden Ressourceneinsatzes

→ Schutz der Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher

→ Marktgerechte Finanzierungsmöglichkeiten für die Unternehmen und Einsatz innovativer Finanzierungsinstrumente zur Entlastung der bremischen Haushalte

→ Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten auf Basis des neuen Handlungsrahmens 2014 – 2017 intelligent, nachhaltig und integriert weiterentwickeln

→ Regionalforum Bremerhaven weiterentwickeln (insbesondere die Zusammenarbeit mit Hilfe interkommunaler Vereinbarungen weiter vertiefen, verstetigen und verbindlicher gestalten)

→ Steuerung von Einzelhandelsgroßprojekten für die Region Bremen auf der Grundlage eines raumplanerischen Vertrages

→ Länderübergreifende Kooperationen mit den Küstenländern (u. a. Mitgestalten der europäischen Hafenpolitik)

→ Einsetzen für einen fairen Standortwettbewerb und für die Einschränkung des Subventionswettlaufs von Ländern und Regionen u. a. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

→ Einsetzen für eine EU-Politik (Kohäsionspolitik, Wissenschaftspolitik), um auch in Zukunft finanzielle Mittel sichern zu können

5 | Strukturpolitischer Weg

Strukturpolitik muss aber nicht nur die richtigen Leitthemen besetzen, sondern auch in einer zukunftsfähigen Art und Weise umgesetzt werden und dazu die Grundsätze „kooperativ, effizient und transparent“ beachten.

Regionale Kräfte für ein gemeinsames Vorgehen bündeln

Kooperative Strukturpolitik

→ Kooperative Strukturpolitik bündelt ressortübergreifende Aktivitäten und führt das Handeln regionaler und nationaler Akteure zur Realisierung gemeinsamer Ziele zusammen. Dazu gehören eine enge Verzahnung unterschiedlicher Politikfelder sowie ein systematischer Austausch von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik. Dazu gehört auch eine enge Koordination und Kooperation mit der Region (Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten, Kommunalverbund Niedersachsen Bremen e.V., Regionalforum Bremerhaven), um Synergien zu nutzen.

→ Eine Identifikation von Themen, die zugleich einen gesellschaftlichen wie auch einen wirtschaftlichen Fortschritt versprechen (z. B. Qualität und Verfügbarkeit der Wissensbasis, Versorgung mit zentralen Infrastrukturen), führt zu einer wechselseitigen Verstärkung bei dessen Umsetzung sowie insgesamt zu einer gesellschaftlichen Stabilität. Mit der kooperativen Strukturpolitik wird so die Schaffung eines regionalen Kooperationsklimas begünstigt.

Zielgerichtet und wirtschaftlich investieren

Effiziente Strukturpolitik

→ Effiziente Strukturpolitik handelt zielgerichtet und wirtschaftlich, wodurch sie auch bei der bestehenden extremen Haushaltsnotlage investive Handlungsfähigkeit ermöglicht. Dies erfordert die Durchführung einer Aufgabenkritik sowie die systematische Anwendung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen in Verbindung mit Erfolgskontrollen. Das in den vergangenen Jahren dazu entwickelte Verfahren zur Bemessung der Wirtschaftlichkeit hat sich bewährt. Die Transparenz der Auswirkungen hat sich für die Entscheider deutlich erhöht.

Eine zunehmend wichtige Rolle spielen dabei die vorzusehenden Erfolgskontrollen und die abzuwägenden Alternativen sowie die Beachtung gleichstellungspolitischer Wirkungen.

→ Allerdings ist eine isolierte Betrachtung der fiskalischen Effekte allein nicht zielführend. Da ein Großteil der fiskalischen Erträge über die vertikale Steuerverteilung an den Bund und über den horizontalen Finanzausgleich an die anderen Länder fließt, entfalten strukturpolitische Erfolge, z. B. Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen, finanzpolitisch nur eine geringe Wirkung. Insofern sind neben den fiskalischen, insbesondere die strukturellen Wirkungen bei der Priorisierung strukturpolitischer Entscheidungen zu beachten. Zukünftig wird verstärkt zu prüfen sein, wie die Hebelwirkung der Investitionen erhöht und der Einsatz innovativer Finanzierungsinstrumente verstärkt werden kann.

Offen agieren und zur Bürgerbeteiligung ermuntern

Transparente Strukturpolitik

→ Die Kultur der Bürgerbeteiligung soll im Land Bremen auf allen Ebenen unterstützt werden. Variierende und damit nah an der Sache und an den Bürgerinnen und Bürgern ausgerichtete Beteiligungsformen führen zu passgenauen Beteiligungsverfahren. Transparente Strukturpolitik ermuntert zur Bürgerbeteiligung und erleichtert die Partizipation regionaler Akteurinnen und Akteure an Entscheidungs- bzw. Gestaltungsprozessen. Damit macht sie Entscheidungen nachvollziehbar und bietet ggf. sogar Chancen für schnellere Projektumsetzungen (zum Beispiel durch eine erhöhte Akzeptanz gegenüber Infrastrukturmaßnahmen und ggf. damit verbunden verminderte Klagen).

→ Eine transparente Strukturpolitik erfordert offene Umsetzungsstrukturen, eine dienstleistungsorientierte Verwaltung sowie die Anwendung transparenter Förderkriterien. Zudem können professionell begleitete Mediationsverfahren wie Runde Tische zu konstruktiven Konfliktlösungen und zu einem sinnvollen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen führen.

Die aufgezeigten drei Bausteine stellen wichtige Grundsätze für die Erreichung der strukturpolitischen Ziele des Landes dar. Diese werden schon jetzt mit verschiedenen strukturpolitischen Ansätzen verfolgt – zudem sind neue ressortübergreifende Aktivitäten in der Planung.

Dabei haben einige Themen eine hervorgehobene strukturpolitische Bedeutung und erfordern zugleich eine ressortübergreifende Betrachtungsweise. Diese besonderen Themen werden künftig als Vertiefungsfelder der Leitthemen mit dem strategischen Ansatz des Strukturkonzepts begleitet. Durch eine frühzeitige Integration der Perspektiven verschiedener Ressorts werden Qualitäts- und Effizienzgewinne in der Umsetzung erzielt sowie mögliche Konflikte zum späteren Zeitpunkt vermieden.

6 | Strukturpolitische Vertiefungsfelder

Die Vertiefungsfelder schaffen eine Verbindung zwischen den gemeinsam aufgestellten strukturpolitischen Zielen und den Aktivitäten der Ressorts. Die nachfolgende Ausformulierung der geplanten Aktivitäten und der Umsetzungsstrukturen zeigt die operative Ebene der Strukturpolitik des Landes auf.

Ziel des Strukturkonzepts Bremen 2020 ist es, in einem fortwährenden Austausch einen kontinuierlichen standortpolitischen Lernprozess der Akteure entstehen zu lassen, der die Transparenz über die strukturpolitisch relevanten Chancen und Risiken für die Gesellschaft erhöht und damit die Handlungsfähigkeit der privaten und öffentlichen Akteure verbessert.

Leitthemen	Vertiefungsfelder
Innovationsorientierung und Internationalisierung des Standortes fördern	<p>Clusterstrategie zur Profilierung Bremens als Innovationsstandort der Offshore-Windenergiewirtschaft, der Luft- und Raumfahrt und der maritimen Wirtschaft und Logistik</p> <p>Langfristige Sicherung eines ausreichenden Fachkräfteangebotes durch eine ressortübergreifende Fachkräftestrategie</p>
Modernisierung der Unternehmensstruktur	Stärkung der industriellen Kerne Bremens durch eine ganzheitliche Industriepolitik
Energiewende mitgestalten	<p>Entwicklung Bremerhavens zum Kompetenzzentrum der Offshore-Windenergiewirtschaft</p> <p>Förderung der CO₂-Minderung und Energieeffizienz für einen nachhaltigen Strukturwandel</p>
Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Armut bekämpfen	Förderung sozialer Integration und benachteiligter Quartiere und Bekämpfung der Armut
Attraktivität des Arbeitsmarktes und des Wohnortes steigern	<p>Förderung von „guter Arbeit“ als zentrales Element eines attraktiven Arbeitsmarktes</p> <p>Lebensqualität und Attraktivität in den Innenstädten und den Quartieren steigern</p>
Leistungsfähige Infrastrukturen vorhalten	Gewährleistung eines leistungsfähigen Hafenhinterlandverkehrs auf Schiene, Straße und Binnenwasserstraße in Verbindung mit geeigneten Lärmschutzmaßnahmen
Eigenständigkeit nutzen	Einsatz innovativer Finanzierungsmodelle zur Entlastung der bremischen Haushalte

6.1 Clusterstrategie zur Profilierung Bremens als Zentrum und Innovationsstandort der Offshore-Windenergiewirtschaft, der Luft- und Raumfahrt und der maritimen Wirtschaft und Logistik

Ausgangslage

→ Im Land Bremen ist es in den vergangenen Jahren gelungen, in ausgewählten Branchen und Technologiefeldern zur Spitze der innovativen Regionen Deutschlands aufzuschließen. Dies ist auch ein Resultat der gezielten Innovationspolitik des Landes, die auf den vorhandenen Kompetenzen aufbaut und strategische Handlungsfelder identifiziert.

→ Von besonderer Relevanz ist dabei die Entwicklung der drei bremischen Innovationscluster Luft- und Raumfahrt, Windenergie sowie Maritime Wirtschaft/Logistik. Diese drei bremischen Innovationscluster zeichnen sich durch eine starke industrielle Basis und eine exzellente Wissenschaft mit angewandter Forschung und Entwicklungskompetenz aus.

→ Die Clusterstrategie 2020 setzt auf ein enges Zusammenwirken der unterschiedlichen Politikfelder, insbesondere der Wissenschafts-, Umwelt-, Bildungs-, Arbeitsmarkts-, Wirtschafts- und Industriepolitik.

Strukturpolitischer Beitrag

→ Entsprechend der „Europa 2020“-Strategie soll durch eine Verstärkung der vorhandenen regionalen und überregionalen Standortvorteile und Innovationspotenziale eine deutliche nationale und internationale Wahrnehmung des Standorts erreicht werden. Ein wesentliches Element wird in diesem Zusammenhang die „intelligente Spezialisierung“ darstellen – im Sinne einer Konzentration der Aktivitäten auf regionale Schlüsselprioritäten und Herausforderungen für eine wissensbasierte Regionalentwicklung. Hierzu wurde mit der Clusterstrategie 2020 und der Fokussierung auf die regionalen Innovationscluster der notwendige strategische Rahmen geschaffen.

→ Die Innovations- und Clusterpolitik des Landes ist ein integrierter Politikansatz, der ressortübergreifend wirkt und auf langfristige sowie flächendeckende Synergien der Ziele, Instrumente und Maßnahmen unterschiedlicher Politikbereiche setzt, insbesondere der Wissenschafts-, Umwelt-, Bildungs-, Arbeitsmarkts-, Wirtschafts- und Industriepolitik. Die Schnittstellen zu anderen Ressorts sind somit vielfältig.

Aktivitäten

Wirkungen auf die oben genannten Zielbereiche soll vor allem mit dem Einsatz der folgenden Instrumente erreicht werden:

→ Bereitstellung von Infrastrukturen und Gewerbeflächen als Basis für Ansiedlungen sowohl junger innovativer als auch etablierter Unternehmen sowie Wissenschaftseinrichtungen

→ Initiierung und Begleitung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten

→ Ausbau von Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zum Zwecke des Wissens- und Technologietransfers

→ Bestandsentwicklung durch die Bereitstellung spezifischer Services und Marketinginstrumente

→ passgenaues Flächen- und Standortmarketing

→ Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte im In- und Ausland

→ Vereinfachung von Genehmigungsprozessen

→ Beratung und Bereitstellung von angepassten Finanzierungsmöglichkeiten

→ Ausbildung und berufliche Qualifizierung von Fachkräften

→ Unterstützung bei der Fachkräftegewinnung und der Sicherung von Arbeitsplätzen

→ Koordination von Cluster- und Vernetzungsaktivitäten

Während das unmittelbar etablierte Clustermanagement sowie die angestrebten infrastrukturellen Maßnahmen eine sofortige Basis für den damit zu erwartenden Innovations-schub bedeuten, beinhalten die übrigen Handlungsfelder eine kontinuierlich wirkende Stärkung der Cluster. Bei Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ist, je nach Art und Marktnähe der angestrebten Innovationen, hinsichtlich der konkreten Auswirkungen eher mit mittelfristigen Effekten zu rechnen. Gleiches gilt für Maßnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung.

Umsetzungsstruktur

→ Die Umsetzung der Clusterstrategie mit den definierten Maßnahmen einschließlich des Monitorings wird in enger Abstimmung aller relevanten Senatsressorts (mit den Politikbereichen Wirtschaft, Arbeit, Häfen, Umwelt, Bau, Verkehr, Bildung und Wissenschaft) und den Wirtschaftsförderungen erfolgen. Dazu werden sowohl bereits bestehende und bewährte Strukturen für die ressortübergreifende Abstimmung genutzt – wie zum Beispiel die ressortübergreifende „Jour Fixe Innovation“, die „Landesarbeitsgemeinschaft Windenergie“, der „Lenkungs-kreis Luft- und Raumfahrt“ – als auch für Einzelmaßnahmen Ad-hoc-Arbeitsgruppen eingerichtet.

→ Bei den Wirtschaftsförderungen sind bereits Organisationseinheiten zur Entwicklung der drei Cluster festgelegt worden. Über die Struktur des „brinno.net“, dem Bremischen Innovationsnetzwerk, in dem sich die Wirtschaftsförderinstitutionen Handelskammer, Handwerkskammer, Bremer Aufbau-bank, WFB und RKW zusammengeschlossen haben (eine Beteiligung der BIS wird angestrebt), bieten sich weitere Vernetzungsmöglichkeiten für die Umsetzung der Clusterstrategie und der Ansprache von Akteuren in den Clustern.

6.2 Langfristige Sicherung eines ausreichenden Fachkräfteangebotes durch eine ressortübergreifende Fachkräftestrategie

Ausgangslage

→ Der demografische Wandel ist eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre mit weitreichenden Folgen für den Arbeitsmarkt. Unabhängig von konjunkturellen Einflüssen wird das Fachkräfteangebot mittel- und langfristig mit hoher Wahrscheinlichkeit abnehmen. Dies gilt auch für den Wirtschafts- und Arbeitsort Bremen.

→ Bei langfristiger Betrachtung bis zum Jahr 2025, kann die für den Arbeitsmarkt relevante demographische Entwicklung wie folgt skizziert werden:

- Alterung des Erwerbspersonenpotenzials: Bis 2020 wird – bundesweit wie auch in Bremen – das Erwerbspersonenpotenzial in der Höhe weitgehend konstant bleiben, aber von einer erheblichen Veränderung in der Altersstruktur gekennzeichnet sein.
- Abbau des Erwerbspersonenpotenzials: Ab dem Jahr 2020 wird das Erwerbspersonenpotenzial rapide sinken, bis zum Jahr 2025 nach derzeitigen Berechnungen um circa 6,5 Millionen Personen in Deutschland. Dies gilt auch für Bremen, wenn auch in etwas geringerem Umfang als für Deutschland insgesamt.

→ Als gesichert auch mit Wirkung auf den regionalen Arbeitsmarkt können die folgenden säkularen Trends angenommen werden.

- Der internationalen Konkurrenz unterworfenen Arbeitsplätze werden am Standort Deutschland hochproduktiv sein müssen.
- Für geringqualifizierte Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist ein (leicht) sinkender Bedarf verbunden mit Arbeitskräfteüberangebot anzunehmen.
- Für Arbeitskräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung prognostizieren die Studien dagegen einen zunehmenden Fachkräfteengpass (circa 60 % der Beschäftigten).
- In Anbetracht der demografischen Entwicklung ist davon auszugehen, dass weiterhin ein Fachkräfteengpass für Berufe in arbeitsintensiven Dienstleistungsbranchen mit sozialem, sozialpflegerischem,

pädagogischem und medizinisch-pflegerischem Schwerpunkt bestehen wird.

→ Bezüglich der Hochqualifizierten divergieren die Einschätzungen, zum Teil wird eine kommende Lücke identifiziert, zum Teil wird trotz steigender Bedarfe zumindest partiell die Gefahr leichter Überkapazitäten gesehen.

Strukturpolitischer Beitrag

→ Unternehmen sind grundsätzlich selbst bestrebt, ihren Fachkräftebedarf zu decken. Sie verfügen über ein breites Spektrum an Möglichkeiten, Fachkräfte aus- und weiterzubilden, einzusetzen und zu halten. Die öffentliche Hand kann aber die Wirtschaft mit koordinierten Aktivitäten im Rahmen einer Fachkräftestrategie unterstützen.

→ Eine langfristige Strategie muss sich zur Sicherung eines ausreichend qualifizierten Fachkräfteangebotes im Land Bremen vom kurzfristig ausgerichteten instrumentellen Ansatz lösen. Grundlage ist die Definition der Handlungsfelder, die weit über arbeitsmarktpolitische Interventionen hinausreichen und die Aufgabenbereiche vieler Ressorts berühren.

Aktivitäten

→ Für eine Strategie zur langfristigen Sicherung des Fachkräfteangebots im Land Bremen sind folgende Handlungsfelder und Aktivitäten entscheidend:

1. Erwerbsbeteiligung erhöhen:

Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung bedarf der nachhaltigen Verbesserung von Rahmenbedingungen gerade für die Personengruppen, denen aus unterschiedlichen Gründen ein hoher Anteil an der „Stillen Reserve“ des Arbeitsmarktes zugerechnet werden muss (z. B. ausländische Arbeitskräfte sowie bereits in Deutschland lebende Personengruppen mit Migrationshintergrund). Das größte Aktivierungspotenzial liegt dabei in der Personengruppe der Frauen. Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kämen den Wünschen vieler Frauen entgegen, eine Tätigkeit aufzunehmen bzw. ihre bisher auf Teilzeit oder geringfügige Beschäftigung beschränkte Arbeitszeit weiter auszudehnen.

2. Qualifizierung vorantreiben:

Anstrengungen zur Anhebung des Qualifikationsniveaus umfassen die Themen: Konzepte eines lebenslangen Lernens auch für bereits qualifizierte Beschäftigte in den Unternehmen zu entwickeln, die Teilhabe der Beschäftigten ohne Berufsabschluss an beruflicher Weiterbildung zu intensivieren sowie die Qualifizierung und Integration von Arbeitslosen zu forcieren.

3. Ausbildung verbessern:

Die Fähigkeit des dualen Systems der Berufsausbildung, eine ausreichende Zahl von (geeigneten) Ausbildungsplätzen bereitzustellen, ist ganz wesentlich vom Anteil ausbildungsberechtigter Betriebe und ihrer tatsächlichen Ausbildungsbeteiligung abhängig. Künftig (Ausbildungsjahr 2015/2016) wird es eine Ausbildungsplatzgarantie geben, d. h. jeder Schulabgängerin und jedem Schulabgänger in Bremen und Bremerhaven soll ein Ausbildungsplatz angeboten werden. Das Übergangssystem wird auf die Gruppe junger Menschen konzentriert, die hier besser gefördert werden können oder eine entsprechende schulische Weiterqualifizierung bewusst anstreben. Gleichzeitig kommt der noch besseren Erschließung bislang ungenutzter Bildungspotenziale unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine zentrale Bedeutung zu. Anknüpfungspunkte für ausbaufähige Maßnahmen bieten insbesondere die Bremer Vereinbarungen, an den alle relevanten Arbeitsmarktakteure beteiligt sind.

4. Steigerung der Attraktivität des Standortes für Unternehmen und Beschäftigte:

Bremen und Bremerhaven stehen im überregionalen Wettbewerb mit anderen in- und ausländischen Standorten. Dies gilt sowohl für unternehmerische Investitionen als auch für die Rekrutierung von Fachkräften. Aus Sicht der Fachkräfte sind für die Aufnahme einer Tätigkeit über die finanziellen Rahmenbedingungen hinaus insbesondere die Attraktivität der Aufgabe sowie der Standort ausschlaggebend. Hier gilt es, den Fokus auf Bremens Vorzüge zu richten und das Profil als attraktiven Wohn-, Lebens- und Arbeitsort zu stärken. Bereits vorhandene Initiativen, wie die „Bremer Pflegeinitiative gegen den Fachkräftemangel“, werden mit einbezogen.

Umsetzungsstruktur

- Auf der Grundlage einer Bewertung bremenspezifischer Rahmenbedingungen soll eine ressortübergreifende Strategie entwickelt werden, die eine strategische Bündelung von Maßnahmen in den genannten vier Handlungsfeldern vorsieht, dabei jedoch die Ressortverantwortlichkeiten beachtet.
- Die Erarbeitung und Umsetzung einer ressortübergreifenden Senatsstrategie kann nur arbeitsteilig und kooperierend zwischen den betroffenen Ressorts erfolgen. Kammern, Gewerkschaften, Unternehmensverbände, Agenturen für Arbeit, Jobcenter und andere unverzichtbare Partner sollten in die Arbeit frühzeitig einbezogen werden.

6.3 Stärkung der industriellen Kerne Bremens durch eine ganzheitliche Industriepolitik

Ausgangslage

- Mit dem Masterplan Industrie Bremen (MPI) aus dem Jahr 2010 hat der Senat sich nachdrücklich zum Industriestandort Bremen bekannt. Im MPI wurde über die Schwerpunkte der Innovationspolitik „Luft- und Raumfahrt“, „Maritime Wirtschaft“ und „Windenergie“ hinaus die Automobil- und Zulieferindustrie als industrielle Leitbranche definiert.
- Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise der Jahre 2008 ff. hat die Bedeutung der Industrie als Basis für gesamtwirtschaftliches Wachstum, für Innovation und Stabilität verdeutlicht. Bremen wird seine starke und international orientierte industrielle Basis weiter unterstützen und zu einer zukunftsorientierten Profilierung der hiesigen Industrie beitragen. Ziel ist die Stärkung der wirtschaftsstrukturellen Basis des Landes Bremens als sechsgößter Industriestandort Deutschlands.
- In den vergangenen vier Jahren sind die Herausforderungen für die Industrie (Bewältigung der Energiewende, steigender Fachkräftebedarf, stetiger Innovationsdruck) stetig gewachsen. Eine ganzheitliche Industriepolitik des Landes Bremens soll bei der Bewältigung dieser Herausforderungen unterstützend wirken.

Strukturpolitischer Beitrag

- Das regionalpolitische Ziel ist eine Stärkung der industriellen Kerne und der dazugehörigen Wertschöpfungsketten.
- Die besondere Herausforderung besteht darin, eine wirksame Industriepolitik auch in Zeiten der Haushaltsnotlage umzusetzen.
- Kennzeichnend für eine moderne Industrie ist dabei das Aufgreifen von Ansätzen zum Thema „Gute Arbeit“ sowie Aktivitäten hinsichtlich einer CO₂-armen Wirtschaft.

Aktivitäten

- Ein wesentliches Element erfolgreicher Industriepolitik ist die Verbindung verschiedener Fachpolitiken zu einer ganzheitlichen Industriepolitik. Hierzu zählen insbesondere die Innovationspolitik, die Verkehrspolitik, die Gewerbeflächenpolitik und die Arbeitsmarktpolitik. Über die Fortschreibung des Masterplans Industrie Bremen als integratives Programm werden die industriepolitischen Zusammenhänge herausgearbeitet und aufeinander abgestimmt. Dabei soll die Verankerung der industriellen Leitbranchen in der Innovationspolitik und Clusterstrategie durch das industriepolitische Fachprogramm „MPI“ langfristig gewährleistet werden.
- Der Beitrag der Industrie zur Sicherung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen ist immens und daher zentraler Bestandteil des MPI. Im Kontext der Entwicklung der Windenergie-Branche werden die Aus- und Weiterbildungsangebote noch stärker an Bedeutung gewinnen und sollen ausgebaut werden.
- Die Energiewende stellt eine Herausforderung für die gesamte Industrie in Deutschland dar. Insbesondere betrifft dies die Entwicklung der Strompreise. Aber die durch die Energiewende auch entstehenden Chancen für die bremischen Industrieunternehmen sollen besser genutzt und die Unternehmen dabei unterstützt werden. Dazu gehören u. a. die Themen Energieeffizienz und CO₂-Minderung.
- Schließlich ist die Bereitstellung von passgenauen Gewerbeflächen zur Stärkung der industriellen Kerne ein weiterer Bestandteil des MPI.

Umsetzungsstruktur

- Der Masterplan Industrie Bremen wird fortgeschrieben und ressortübergreifend abgestimmt.
- Die ressortübergreifende Beteiligung ist dabei ein wichtiger Baustein für die kontinuierliche Weiterentwicklung der Zielsetzungen einer ganzheitlichen Industriepolitik.

6.4 Entwicklung Bremerhavens zum Kompetenzzentrum der Offshore-Windenergiewirtschaft

Ausgangslage

- Bremen will konstruktiv zum Erreichen der Ziele der Energiewende und zum Klimaschutz beitragen.
- Der verlässliche Ausbau der Energiegewinnung aus Offshore-Windenergieanlagen ist Grundvoraussetzung für die vom Land Bremen intendierte weitere positive Entwicklung der regionalen Windenergiewirtschaft mit zahlreichen Herstellern, Dienstleistern und der Forschungslandschaft.
- Mit dem Bau des Offshore Terminals Bremerhaven sollen die für die Entwicklung der Offshore-Windenergie und für regionale Produzenten notwendigen Umschlagkapazitäten geschaffen werden.
- Gleichzeitig soll mit der Ansiedlung und Entwicklung einer neuen und technologieintensiven Branche ein wichtiger Schritt im Strukturwandel des Landes Bremen getan werden.

Strukturpolitischer Beitrag

- Regionalwirtschaftliches Ziel ist eine nachhaltige wettbewerbsfähige Offshore-Windenergiewirtschaft mit Innovationspotenzial und zahlreichen, dauerhaften Arbeitsplätzen.
- Bisher wurde mit der Ansiedlung dieser neuen und zukunftsträchtigen Industrie über 2.000 Arbeitsplätze in der Seestadt geschaffen. Gelingt der weitere Entwicklungsschritt (insbesondere mit der Bereitstellung weiterer

Infrastrukturen wie der Realisierung des Offshore-Terminals Bremerhaven) ist mit weiteren erheblichen Arbeitsplatzeffekten zu rechnen.

- In Bremerhaven werden nicht nur direkte Voraussetzungen für die Ansiedlung der Offshore-Windenergiewirtschaft geschaffen, sondern insgesamt ein innovatives Milieu bzw. nachhaltige Clusterstrukturen (u. a. IWES, Maritime Technik an der HS Bremerhaven und gewerbliches Ausbildungszentrum) entwickelt.
- Weiterentwicklung des südlichen Fischerhafens zu einem leistungsfähigen maritimen Industriegebiet einschl. der Schaffung eines überregional attraktiven Flächenangebotes.

Aktivitäten

- Schaffung von geeigneten Infrastrukturen für die Offshore-Windenergiewirtschaft, dazu gehören insb. der Offshore-Terminal Bremerhaven als Warenausgangszone und die Ausweisung und Aufbereitung geeigneter Gewerbeflächen einschließlich der Schaffung eines infrastrukturellen Rahmens, der den spezifischen logistischen Bedarfen der Branche Rechnung trägt.
- Gezielte Ansiedlungs- und Investitionsförderung.
- Akquisitorische Ansprache artverwandter Branchen, die eine vergleichbare angepasste Infrastruktur benötigen (schwerer Maschinen- und Anlagenbau).
- Entwicklung im Rahmen der Clusterstrategie und Unterstützung der Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.
- Schaffung und Erhalt von Qualifizierungsstrukturen für die Branche, um den Fachkräftebedarf langfristig zu decken.
- Investitionsfreundliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene unterstützen.

Umsetzungsstruktur

- Unterschiedliche und i. d. R. etablierte Arbeitsstrukturen, die sich nach den obigen Handlungsfeldern richten.

6.5 Förderung der CO₂-Minderung und Energieeffizienz für einen nachhaltigen Strukturwandel

Ausgangslage

→ Aus dem Klimawandel, der Energiewende und den Notwendigkeiten zur Reduktion der CO₂-Emissionen ergeben sich auch Chancen für eine ökologische Modernisierung der regionalen Wirtschafts- und Industriestruktur: Die Unternehmen werden langfristig wettbewerbsfähiger sein, die in ihre Ressourcen- und Energieeffizienz investieren. Diese Chancen gilt es verstärkt zu nutzen.

→ Die klima- und energiepolitischen Ziele des Landes Bremen wurden bereits Ende 2009 im Klimaschutz und Energieprogramm (KEP) 2020 verabschiedet. In diesem integrierten, ressortübergreifenden Programm wurde vereinbart, die CO₂-Emissionen im Land bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 zu senken.

→ Um diese ambitionierten Ziele zu erreichen, wird das Land in der Förderperiode 2014 – 2020 auch EFRE-Mittel einsetzen, um – mit einem Fokus auf die CO₂-Effizienz und den Energieverbrauch – die vorhandenen Minderungspotenziale durch gezielte Anreize für anspruchsvolle und über die rechtlichen Vorgaben hinausgehende energetische Standards zu nutzen und Investitionen anderer Akteure in den Klimaschutz zu flankieren und zu verstärken.

Strukturpolitischer Beitrag

→ Die Förderung von Maßnahmen zur Energieeffizienz und CO₂-Reduzierung in den bremischen Unternehmen sind von strategisch herausgehobener Bedeutung, weil sie nicht nur einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz leisten können, sondern weil hier – angesichts steigender Energie- und Ressourcenpreise – auf lange Sicht auch erhebliche Kosteneinsparpotenziale in den Unternehmen bestehen, die durch die Förderung erschlossen werden können. Mit der Senkung der CO₂-Emissionen der bremischen Wirtschaft wird – über die Verbesserung der betrieblichen Energieproduktivität – langfristig gleichzeitig ein Beitrag zur

Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit geleistet.

→ Die strategischen Ansatzpunkte für die Förderung basieren auf der Annahme, dass in den bremischen Unternehmen große CO₂-Einsparpotenziale vorhanden sind und trotz steigender Energiepreise weniger in energieeffiziente Maßnahmen investiert wird, als es langfristig gesehen aus ökonomischer, technischer und ökologischer Sicht sinnvoll wäre.

Aktivitäten

→ Zum einen sollen konkrete Investitionen in betriebliche Projekte zur Energieeffizienz gefördert werden, indem Finanzierungshemmnisse abgebaut und Rentabilitätslücken geschlossen werden. Flankierend geht es um „soft policies“ (Beratung, Zertifizierung, Informationen), mit denen die Unternehmen im Vorlauf zu möglichen Investitionen informiert, sensibilisiert, aufgeklärt und beraten werden sollen. Konkrete Stellschrauben finden sich im EFRE-Programm für die Förderperiode 2014 – 2020.

→ Die Förderung von Investitionen verfolgt dabei zwei strategische Stoßrichtungen: Durch Zuschüsse sollen die betrieblichen Energieeffizienzprojekte über die notwendige Rentabilitätsschwelle gehoben werden (Rentabilitätseffekte). Durch die Vergabe von Effizienzdarlehen sollen die Möglichkeiten für die Gesamtfinanzierung von klimaschutzrelevanten Investitionsprojekten verbessert werden (Liquiditäts- und Risikoübernahmeeffekt).

→ Die „weichen“ Aktivitäten im Bereich Klimaschutzmanagement, Information, Beratung und Zertifizierung spielen auch und gerade im unternehmerischen Bereich eine wichtige Rolle, weil sie die investiven Instrumente flankieren, unterstützen und in vielen Fällen auch erst stimulieren.

Umsetzungsstruktur

→ Differenzierte Beratungs- und Förderstrukturen, um kleine, mittlere sowie größere Unternehmen zu erreichen. Das Programm zur Förderung der sparsamen und rationellen Energienutzung und Umwandlung in Indus-

trie und Gewerbe (REN) unterstützt z. B. Unternehmen bei der Ermittlung und Nutzung von Energieeinsparpotenzialen und fördert Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Minderung von CO₂-Emissionen. Weiterhin bietet und beauftragt der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Informationen und Beratung im Bereich Klimaschutzaktivitäten für Unternehmen oder fördert die freiwillige Vernetzung zwischen Wirtschaft und Verwaltung mit Hilfe der „partnerschaft umwelt unternehmen“.

→ Die ergänzenden Möglichkeiten für Energieeffizienzdarlehen werden durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und die Bremer Aufbaubank (BAB) geprüft.

→ Das Monitoring und die Evaluation der Maßnahmen, die mit europäischen Mitteln finanziert werden, erfolgt im Rahmen des EFRE-Programms Bremen 2014 – 2020.

6.6 Förderung sozialer Integration und benachteiligter Quartiere und Bekämpfung der Armut

Ausgangslage

→ In einigen Quartieren der Stadtgemeinden ist eine deutliche Konzentration von langzeitarbeitslosen, bildungsbenachteiligten Menschen zu verzeichnen. Parallel zeichnen sich diese Quartiere durch einen hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund und durch Armut aus.

→ Armut ist in Bremen und Bremerhaven geographisch (benachteiligte Quartiere) und sozial (z. B. Kinder, allein Erziehende, Migrantinnen und Migranten) konzentriert. Soziale und geographische Konzentration von Armut stabilisiert und vertieft soziale Benachteiligung (sogenannter Armutskreislauf).

→ Auf subjektiver Ebene kommt dies durch Ohnmachtsgefühle und Gefühle des „abgehängt seins“ vieler Bewohner sozial benachteiligter Quartiere zum Ausdruck. Die strukturelle Benachteiligung führt zudem deutlich zu einer Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit.

→ Gelingt ein sozialer Aufstieg, z. B. durch Beendigung von Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut, dann erfolgt oft ein Umzug in vermeintlich „bessere“ Wohn- und Lebenslagen und „neue Arme“ ziehen, angezogen auch durch geringere Wohnraumkosten, in benachteiligte Quartiere zu.

Strukturpolitischer Beitrag

→ Armutskreisläufe in benachteiligten Quartieren werden unterbrochen, wenn es gelingt, einerseits arme Bewohnerinnen und Bewohner zu fördern (z. B. durch Erwerbsbeteiligung ermöglichende Bildung, Beschäftigung und Qualifizierung) und andererseits die Attraktivität benachteiligter Quartiere zu steigern (z. B. durch Förderung familienfreundlicher Wohnumgebung mit guten Kindergärten und Schulen).

→ Durch eine bewusste Konzentration von arbeitsmarkt-, sozial- und bildungspolitischen Projekten und finanziellen Mitteln und deren Verzahnung mit Infrastrukturförderung in sozial benachteiligten Quartieren wird städtischer Segregation begegnet.

→ Spezifische Angebote können dazu beitragen, die Attraktivität des Quartiers zu erhöhen, Kaufkraft zu stärken und den Lock-in-Effekt der Quartiere durch Besucherzuströme aufzuheben. Mit der Stabilisierung des Quartiers wird ein Beitrag zum sozialen Frieden geleistet.

→ Die Verzahnung von arbeitsmarkt-, sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen und deren Verzahnung mit Infrastrukturmaßnahmen nimmt nicht nur das einzelne Individuum in den Blick, sondern ermöglicht es, auch Systeme (z. B. Familiensysteme), gezielt zu stärken.

Aktivitäten

→ Zu prüfen ist, ob die sozialräumliche Orientierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente weiter auszubauen und modellhafte Vorhaben in den benachteiligten Quartieren zu verankern sind.

→ Dafür kann unter Umständen die Bildung von Quartiersbudgets, die sich aus Mitteln verschiedener Ressorts speisen, hilfreich sein.

→ Insbesondere ist die besondere Unterstützung auch von abschlussbezogenen Weiterbildungs-, Qualifizierungsangeboten und von Beratungsangeboten, die in sozial benachteiligten Quartieren angesiedelt sind, zu prüfen.

→ Maßnahmen, um die langfristige strukturelle Verbesserung der beruflichen und sozialen Wiedereingliederung von Straffälligen zu erreichen, sind bei quartiersbezogenen Maßnahmen, insbesondere im Bremer Westen, in die Planung zu integrieren.

Umsetzungsstruktur

→ Im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm und operationellen Programm des ESF (ESF-OP) 2014–2020 sind 40 % der Mittel für Armutsbekämpfung durch Integration in Arbeit reserviert. Geeignete Instrumente sollen im geplanten Unterfonds „Aktive Eingliederung“ prioritär in sozial benachteiligten Quartieren eingesetzt werden.

→ In einer modellhaften Verzahnung von familienbezogenen Förderinstrumenten soll ein ressortübergreifender integrierter Unterstützungsansatz erprobt werden.

→ Eine Verzahnung verschiedener arbeitsmarktlicher und sozialer Interventionen (z. B. Beschäftigung, Aktivierung, Qualifizierung, Schuldenberatung, Suchthilfe) und die Verzahnung mit städtischen Infrastrukturinvestitionen soll in sozial benachteiligten Quartieren ermöglicht und gefördert werden. Für diese Verzahnungen ist eine enge Abstimmung und Koordination verschiedener Ressorts, des Jobcenters und anderer Akteurinnen und Akteure unabdingbar.

6.7 Förderung von „guter Arbeit“ als zentrales Element eines attraktiven Arbeitsmarktes

Ausgangslage

→ Das Thema „gute Arbeit“ hat sich zu einem zentralen Element eines attraktiven Arbeitsmarktes und einer zukunftsorientierten Standortpolitik entwickelt. Insofern sind folgende Entwicklungen genauer zu beobachten:

- In den vergangenen Jahren sind deutlich mehr atypische (Leiharbeit, Minijobs, Teilzeit) als reguläre Arbeitsplätze entstanden.

Zurückzuführen ist dies auf Deregulierungsmaßnahmen sowie auf einen Wertewandel im Beschäftigungssystem (z. B. Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen vor allem in Teilzeit).

- Bremen weist einen Anteil von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in Höhe von 4 % an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf (zwar auf insgesamt niedrigem Niveau aber im Bundesländervergleich der höchste Wert).
- Die Zahl der Erwerbstätigen, die auf ergänzenden Arbeitslosengeld-II-Bezug angewiesen sind, ist zwischen 2007 und 2011 um knapp 20 Prozent gewachsen.
- Inwieweit Minijobs reguläre Beschäftigung verdrängen ist umstritten, allerdings ist der Minijob mittlerweile für zwei Drittel der Minijobber das einzige Arbeitseinkommen.

→ Die Formen der atypischen Beschäftigung ist für die betroffene Person oftmals verbunden mit den Faktoren fehlende Arbeitsplatzsicherheit, geringer Einfluss auf die Arbeitssituation, mangelhafte Existenzsicherung, Zustand der Nichtplanbarkeit sowie einer fehlenden Beschäftigungsperspektive.

→ Insofern steht der Begriff „gute Arbeit“ im Land Bremen insbesondere für:

- sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit tariflich abgesicherter Bezahlung
- eine ausgewogene Begrenzung von Leiharbeit
- die Einhaltung der Vorgaben des Tariftrue- und Vergabegesetzes und des Bremischen Landesmindestlohngesetzes
- eine gute Erwerbsbeteiligung von Frauen gerade auch in gewerblich-technischen Berufen
- die Integration Arbeit suchender Menschen in Erwerbsarbeit
- eine hohe Ausbildungsquote und eine qualifizierte Ausbildung
- eine Stärkung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes

Strukturpolitischer Beitrag

→ Die aufgezeigten Tendenzen sind als eine mögliche Gefährdung des attraktiven Arbeitsmarktes in Bremen aufzufassen und somit nicht nur im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch im Interesse einer langfristigen Sicherung von Fachkräften unter dem Thema „gute Arbeit“ neu zu bewerten. Denn das Thema „gute Arbeit“ hat sich zu einem zentralen Element eines attraktiven Arbeitsmarktes und einer zukunftsorientierten Standortpolitik entwickelt.

→ Aus diesem Grund ist es für das Land Bremen besonders wichtig, Wege in existenzsichernde Beschäftigung oder Selbstständigkeit aufzuzeigen. Dies gilt in besonderer Weise für Frauen, da sie überproportional im Niedriglohnssektor tätig sind und atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie Teilzeit oder Minijobs nachgehen. Insgesamt verfolgt damit der Ansatz einen verstärkten Beitrag hin zum sozialen Ausgleich.

Aktivitäten

→ Bundesratsinitiativen: Unterstützung von Entschließungsanträgen, die z. B. die Sicherstellung des Equal-pay-Grundsatzes in der Leiharbeit fordern sowie den Missbrauch von Werkverträgen verhindern.

→ Gesetzliche Vorgaben: Mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz sowie dem Landesmindestlohnengesetz (MLG) schafft Bremen für eine Vielzahl an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Bremen und der Region die Chance auf ein eigenständiges, von staatlichen Hilfen unabhängiges Leben jenseits der Armutsgrenze.

→ Gestaltung von Fördervoraussetzungen: Bremen hat eine eigene, landesspezifische Regelung für die einzelbetriebliche Investitionsförderung ausgearbeitet, um künftig keine Fördergelder für die Schaffung von Leiharbeit einzusetzen. Stattdessen werden die Fördergelder so konzentriert, dass sie einen Anreiz darstellen, reguläre Arbeitsplätze in der Stammbesetzung zu schaffen beziehungsweise zu sichern.

→ Anreize zur Umsetzung von „guter Arbeit“ über direkte Unterstützungsangebote an die

Unternehmen: Der Senat unterstützt KMU aus dem Land Bremen mit geförderten Beratungsleistungen bei der Einführung eines Konzepts für Corporate Social Responsibility (CSR), das auf die Wahrnehmung ökologischer, sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen abzielt. Unternehmen, die Jugendliche mit schwierigen Startbedingungen in eine Ausbildung aufnehmen möchten, können einen finanziellen Zuschuss zur Ausbildungsvergütung des ersten Ausbildungsjahres erhalten.

Freiwillige Vereinbarungen wie

- Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011–2013,
- Bremer Pflegeinitiative gegen den zukünftigen Fachkräftemangel,
- Betriebliches Bündnis Windenergieindustrie – gemeinsam für zukunftsfähige Arbeitsplätze an den Standorten Bremen und Bremerhaven.
- Projekte und Beratungsmaßnahmen, die sich mit dem Thema „gute Arbeit“ befassen,

werden künftig intensiver mit der Wirtschaftsförderung verbunden, um den Mehrwert gezielter an die Unternehmen weiterzureichen. Die rollenbedingte Unternehmensnähe der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB) und der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) ermöglicht eine situative und bedarfsorientierte Ansprache und erhöht somit den Wirkungsgrad der bereits vorhandenen Programme und Maßnahmen.

→ Auch werden Ansätze kooperativen Wirtschaftens verstärkt unterstützt (so werden z. B. Förderangebote zur Gründung von Genossenschaften transparenter gemacht und über diese Rechtsform stärker informiert, da sie unternehmerische Initiativen in Kooperationsform ermöglicht und die Mitbestimmung der Beteiligten gestärkt wird).

Umsetzungsfaktor

→ Unterschiedliche ressortübergreifend angelegte Arbeitsstrukturen, die sich nach den obigen Handlungsfeldern richten.

6.8 Lebensqualität und Attraktivität in den Innenstädten und den Quartieren steigern

Ausgangslage

→ Die Stadt Bremen, als das Oberzentrum des Nordwestens von Deutschland, verfügt mit seiner attraktiven Innenstadt und der hohen Lebensqualität über eine ideale Ausgangsposition, um sich im Wettbewerb der Städte und Regionen zu profilieren.

→ Jedoch ist es ohne eine systematische Gesamtbetrachtung der Innenstadt und der angrenzenden Stadtbezirke nicht möglich, diese Chancen und Potenziale auszuschöpfen. Bewusst werden neue und bestehende innerstädtische Wohngebiete mit einbezogen, um den Trend der Rückbesinnung auf die Innenstadt und ihrer angrenzenden Quartiere zu berücksichtigen.

→ Mit einer moderaten Steigerung der Verkaufsfläche, aber auch anderen Maßnahmen, die die Attraktivität der Innenstadt hervorheben, soll diese weiter gestärkt werden. Im Ansgariviertel soll durch einen integralen, offenen Grundriss ein neues multifunktionales Quartier, bestehend aus Ladengeschäften, Dienstleistungen und Wohnungen, verwirklicht werden. Das Quartier soll zudem in neue, attraktive Rundläufe eingebunden werden und so die Innenstadt insgesamt stärken.

→ Die Stadt Bremerhaven hat im Zuge der strukturellen Verwerfungen in den vergangenen Jahrzehnten eine deutliche Schwächung ihrer Rolle im Raum erfahren. Dies konnte zwar in den vergangenen Jahren durch gezielte Maßnahmen wieder verbessert werden, jedoch besteht hier nach wie vor Handlungsbedarf.

→ Mit den Havenwelten ist zentral in Bremerhaven eine wichtige Aufwertung entstanden. In der Zukunft gilt es diese weiterhin zu stärken und mit den weiteren innerstädtischen Potenzialen besser infrastrukturell zu verknüpfen und überregional noch stärker zu vermarkten.

→ Der Masterplan Schaufenster Fischereihafen ist fortzuschreiben.

→ Mit der weiteren Integration von städtischen Räumen soll Bremerhaven als Oberzentrum in Wert gesetzt werden. Insbesondere die Verknüpfung des Stadtteils Geestemünde mit den Potenzialen den Handels- und Fischereihafen ist eine dringende Aufgabe. Gleiches gilt für die Verknüpfung des Stadtteils Lehe mit den Havenwelten.

Strukturpolitischer Beitrag

→ Mit dem Innenstadtkonzept für die Stadt Bremen sollen unter der Zeitperspektive 2025 solche Entwicklungen ermöglicht werden, von denen spürbare Wirkungen zur Verbesserung der überregionalen Wettbewerbsfähigkeit im Einzelhandel, Kultur, Tourismus und Dienstleistungssektor ausgehen.

→ Ziel ist es, dass die Stadt Bremen im Standortwettbewerb der Metropolen langfristig einen der vordersten Plätze belegt. Dies kann erreicht werden, wenn die begonnenen Innenstadtaktivitäten konsequent fortgesetzt werden sowie darüber hinausgehende notwendige Maßnahmen aufgenommen und umgesetzt werden.

→ Eine attraktive Innenstadt zieht Besucher, Gäste, Kunden etc. an, die Umsätze tätigen und so Unternehmen und Beschäftigung stärken. Das gilt für die rd. 60.000 Arbeitsplätze in der City und weitere knapp 20.000 in den Ortsteilen des erweiterten Innenstadtbereiches, der Gegenstand des integrierten Innenstadtkonzeptes ist.

→ Für die Gesamtentwicklung der Innenstadt sind diese vielfältigen Arbeitsplätze von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da sie erstens Besucher in die Innenstadt ziehen, die potentielle Einzelhandels- und Gastronomiekunden sind und zweitens die Beschäftigten selbst ein wichtiges Stammkundenpotenzial darstellen. Auch für das Wohnen, und damit weitere potenzielle Stammkunden, wird die Innenstadt zukünftig an Bedeutung gewinnen.

→ Wichtige Leitideen des integrierten Innenstadtkonzeptes sind:

- Stärkung der oberzentralen Funktion in der Metropolregion (unter anderem Rahmenbedingungen für Standortsicherheit und Arbeitsplatzstabilisierung verbessern, Qualifizierung und Anreicherung mit Einrichtungen und Angeboten von zentraler Bedeutung);
- Weiterentwicklung des Erlebnisraumes Innenstadt (unter anderem Aufenthaltsqualität und Verweildauer erhöhen, städtebauliche Qualität sichern und entwickeln);
- Räumliche und funktionale Verflechtung der innerstädtischen Quartiere mit den umliegenden Orts- und Stadtteilen verbessern;
- Stärkung und Profilierung der Innenstadt als zukunftsfähiger Wohnstandort;
- Identifikation der Bremerinnen und Bremer mit ihren Stadtteilen stärken;
- Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte (u.a. Lärmschutz, CO₂-Minderung, innovative Mobilitätsangebote) als Querschnittsthemen in allen Feldern der Innenstadtentwicklung berücksichtigen;

→ Die Entwicklung der Havenwelten in der Stadt Bremerhaven hat neben strukturellen auch zu erheblichen realwirtschaftlichen Effekten geführt. Bisher konnten in diesem Areal über 1.000 Arbeitsplätze direkt geschaffen werden.

→ Insgesamt ist Bremerhaven aufgrund der Aufwertung der Innenstadt als Oberzentrum in der Region gestärkt. Diese Entwicklung ist jedoch nicht abgeschlossen. Weitere Maßnahmen sind notwendig, damit Bremerhaven wieder die oberzentrale Ausstrahlung erhält, die der Stadt aufgrund ihrer Struktur und Größe zukommt.

→ Dazu gehört die infrastrukturelle Verknüpfung der Havenwelten und der Stadtteile mit dem „alten“ Zentrum, wobei hier insbesondere auf ÖPNV und Fahrradachsen fokussiert werden soll, z. B. durch Rückbau und Umnutzung überdimensionierter Straßentrassen.

Aktivitäten

→ Zur Erreichung der oben genannten Ziele bezüglich der Stadt Bremen sind im Innenstadtkonzept für die kommenden zwei Jahre vordringliche/prioritäre Projekte und Schwerpunktprojekte aber auch Planungen und Konzepte sowie Aktivitäten und Instrumente definiert worden. Dazu gehören z. B. die Fortsetzung der Projektentwicklung im Ansgariviertel, Verbesserungen auf der sogenannten „Diskomeile“ und in der Verbindung Bahnhofsvorstadt – Sögestraße, die Entwicklung eines neuen ZOB, die Verbesserung der Querung der Martinistraße und Aufwertungen in den Bereichen Wall und Schnoor.

→ Bei den Schwerpunktprojekten sollen private Investitionen durch synergetische Maßnahmen im öffentlichen Raum flankiert werden, Entwicklungsimpulse gesetzt und durch Planungen und Maßnahmen der öffentlichen Hand Anreize für weitere private Investitionen geschaffen werden.

→ Bei den Planungen und Konzepten sollen Projektvorschläge des Innenstadtkonzeptes durch Planungen und Studien unteretzt werden und auf ihre finanzielle und technische Machbarkeit geprüft werden.

→ Die Aktivitäten und Instrumente beschreiben „weiche“ Maßnahmen, wie Service, Veranstaltungen/Events, private und öffentliche Vermarktung. Auch rechtliche Rahmenbedingungen sollen angepasst werden, städtebauliche Qualitäten und Nachhaltigkeit gesichert und breite Beteiligungsangebote geschaffen werden.

→ Für die Stadt Bremerhaven stehen im Fokus der Ausbau, die Stärkung und die Vernetzung der touristischen Potenziale in den Havenwelten sowie im Fischereihafen. Eine bessere Verbindung zwischen Schaufenster Fischereihafen und Havenwelten, insbesondere für Fußgänger und Radfahrer wird geprüft. Weiterhin sind Maßnahmen zur Aufwertung und Integration der Bremerhavener Stadtteile einschließlich der Weiterentwicklung der FuE-Meile zu forcieren.

→ Es ist zu prüfen, ob der Abschnitt der Keilstraße zwischen der Bürgermeister-Smidt-Straße und der Columbusstraße dem Einzelhandel zugänglich gemacht wird, um die Verbindung zwischen den Havenwelten und der Fußgängerzone zu verbessern.

→ Durch die Bebauung rund um den Neuen Hafen entwickelt sich die Stadt Richtung Norden. Dadurch entsteht ein zu entwickelnder Bereich zwischen der „alten“ Bürger und dem Neuen Hafen. Hier sind städtebauliche Nutzungskonzepte unter Berücksichtigung der hafengewirtschaftlichen Nutzung am Kaiserhafen zu erarbeiten.

→ Im Bereich der Innenstadt werden Grundstücksentwicklungen geprüft, die eine Scharnierfunktion zwischen den Havenwelten und der klassischen Fußgängerzone, aber auch der Oberen Bürger übernehmen können.

Umsetzungsstruktur

→ Zur Umsetzung des Innenstadt-Konzeptes der Stadt Bremen und seinen vordringlichen Projekten sind eine übergeordnete Lenkungsrunde mit hochrangigen Vertretern von Bau- und Wirtschaftsressort, WFB und Handelskammer sowie eine Umsetzungsrunde eingesetzt. In der Umsetzungsrunde werden neben den bereits für die Lenkungsrunde genannten Einrichtungen auch zwei Vertreter des Arbeitskreises Wirtschaft Innenstadt sowie weitere Abteilungen des Bauressorts vertreten sein.

→ Der bereits seit 1999 bestehende Arbeitskreis Wirtschaft Innenstadt mit wichtigen Innenstadttakteuren, unter anderem die Handelskammer Bremen, die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Kaufleute, die BREPARK usw. hat sich bewährt und wird in dieser Struktur fortgesetzt. Parallel ist der Informations- und Beteiligungsfluss durch weitere themenrelevante Arbeitsgruppen gesichert.

→ In Bremerhaven werden die Maßnahmen vom Magistrat Bremerhaven in Abstimmung mit der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) und der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG) entwickelt.

6.9 Gewährleistung eines leistungsfähigen Hafenhinterlandverkehrs auf Schiene, Straße und Binnenwasserstraße in Verbindung mit geeigneten Lärmschutzmaßnahmen

Ausgangslage

→ Unter gesamtlogistischen wie auch unter wettbewerblichen Gesichtspunkten rückt die Thematik der leistungsfähigen Seehafenhinterlandanbindung zunehmend stärker in den Fokus. Bremen hat mit den bisherigen Investitionsleistungen die Rahmenbedingungen für weiteres Wachstum in seinen Häfen geschaffen und wird dies unter der Voraussetzung einer hinreichenden Finanzausstattung auch in Zukunft sicherstellen. Gleiches gilt für die seewärtige Erreichbarkeit der bremischen Häfen.

Strukturpolitischer Beitrag

→ Die Häfen bilden traditionell die Schnittstelle Deutschlands und Europas zu den Märkten in Übersee. Was der Rhein den Westhäfen Rotterdam und Antwerpen als Transportweg bedeutet, das bedeutet die Schienenanbindung für den deutschen Norden. Bereits kurz nach Beginn des Eisenbahnzeitalters wurden Gleise bis in die Häfen gelegt und Hafeneisenbahnen etabliert. Ein Erfolgsrezept, das bis heute anhält.

→ In Bremerhaven wird auf Basis eines spezifischen Masterplans zur Stärkung der Hafeneisenbahn derzeit gezielt in den Ausbau der Gleisinfrastruktur, die Verlängerung von Gleisen und auch die Optimierung der betrieblichen Prozesse und Abläufe investiert. Darüber hinaus aber – nämlich im Hinterland der Häfen – ist der Bund in der Verantwortung, die bereits seit vielen Jahren als zwingend notwendig erkannten Maßnahmen wie zum Beispiel die Optimierung der Anbindung Bremens, Bremerhavens und des Jade-Weserports in Richtung Osten endlich vorzunehmen.

→ Das starke Wachstum der Schienenverkehre in den vergangenen Jahren hat zum einen immer stärker und immer häufiger die Notwendigkeit des infrastrukturellen Ausbaus offenbart und zum anderen auch

die Notwendigkeit, die bestehende Schieneninfrastruktur noch effizienter zu nutzen.

Aktivitäten

→ Generell gilt, dass Bremen der see- und landseitigen Anbindung seiner Häfen zukünftig deutlich mehr Aufmerksamkeit widmen wird, um die Aktivitäten besser koordinieren zu können.

→ Es gilt im Dialog mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), der Deutschen Bahn AG (DB AG) und den anderen Nordländern Strategien zur zukünftigen Verkehrsgestaltung zu entwickeln. So soll die Verbesserung der Schienenanbindung auf Basis einer aktuellen Untersuchung zur kapazitiven Leistungsfähigkeit des Schienennetzes im Großraum Bremen vorangetrieben werden. Themen wie eine Anbindung Bremens an die so genannte Y-Strecke oder auch die Errichtung einer Güterumgehungsbahn für Bremen müssen fachlich fundiert untersucht und im Zusammenhang mit den bisherigen Ideen und Planungen betrachtet werden, um Bremens Hinterlandanbindung für die Zukunft zu rüsten.

→ Auch die Beziehungen und Netzwerke in Richtung EU sind deutlich zu schärfen, um europäische Fördergelder z. B. aus dem Bereich TEN-T zum Einsatz zu bringen.

→ Ein weiterer Schwerpunkt liegt darin, die Auswirkungen des deutlich wachsenden Güterverkehrs durch begleitende Lärmschutzmaßnahmen zu reduzieren und die Bevölkerung von Lärm zu entlasten.

Umsetzungsstruktur

→ Die Aufgaben werden in enger Zusammenarbeit zwischen dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr angegangen, entsprechende Gutachten werden gemeinsam beauftragt. Zudem erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der DB AG und den Nachbarländern.

→ Zudem engagiert sich Bremen auf verschiedenen politischen Ebenen, um seine verkehrspolitischen Interessen gegenüber dem

Bund und der EU zu vertreten (z. B. Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister der norddeutschen Küstenländer, Wirtschaftsminister- und Verkehrsministerkonferenz, Ministerpräsidentenkonferenz).

6.10 Einsatz innovativer Finanzierungsmodelle zur Entlastung der bremischen Haushalte

Ausgangslage

→ Die seit einigen Jahren im Rahmen der regionalen Strukturpolitik bestehende Praxis, verstärkt Darlehen und/oder andere alternative Förderinstrumente in Ergänzung oder als Ersatz zur klassischen Zuschussförderung anzuwenden, erfolgte im Land Bremen bisher durch die Anpassung des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP) (seit 2007) sowie im Rahmen der Neuaufstellung des Innovationsprogramm für betriebliche Forschung und Entwicklung (FEI) (seit 2009). In der Weiterentwicklung wird zu prüfen sein, inwieweit weitere Ansätze einer darlehensbasierten Förderung bremischer Unternehmen sinnvoll und machbar sind.

→ Angesichts knapper finanzieller Ressourcen der öffentlichen Hand gewinnen Überlegungen und Konzepte zu innovativen Finanzierungs- und Realisierungsmodellen bei der Bereitstellung von Gewerbe- und Industrieflächen an Bedeutung. Im Rahmen der insbesondere in den 1990er Jahren mehrfach vorgenommenen treuhänderischen Projektrealisierung durch landeseigene Beteiligungsgesellschaften (Grunderwerb im Eigengeschäft) wurden bereits neue Finanzierungswege erprobt. Das Vermarktungs- und Finanzierungsrisiko verblieb aber per Garantieerklärung oder Ausfallbürgschaft in letzter Konsequenz bei der öffentlichen Hand. Echte Entlastungen der öffentlichen Haushalte lassen sich nur durch die Akquisition bzw. die Einbindung von Privatkapital in Form von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) oder gänzlich privaten Projektentwicklungen erzielen.

Strukturpolitischer Beitrag

→ Beim Einsatz von Darlehensinstrumenten kann mit den verfügbaren Haushaltsmitteln eine größere Investitionssumme aktiviert werden. Zudem wird beim Zuwendungsempfänger ein Mehrwert in Form erhöhter Liquidität erzielt. Insgesamt kann sich über die Beratung durch das Förderinstitut sowie über den vergrößerten Spielraum für Vergünstigungsmöglichkeiten eine Erleichterung der Gesamtfinanzierung unternehmerischer Investitionsvorhabens ergeben.

→ Private Erschließungen sind fiskalisch und regionalwirtschaftlich dann von Vorteil, wenn durch Effizienz- und Kostenvorteile des Investors eine Flächenaufbereitung überhaupt erst ermöglicht wird und sich aus den mit der Vermarktung verbundenen Beschäftigungs- und Investitionseffekten positive Effekte für das Gemeinwesen und den öffentlichen Haushalt ergeben.

Aktivitäten

→ Zu prüfen wird sein, inwieweit ein integrierter Darlehensfonds aufgesetzt werden kann, um verschiedene unternehmensbezogene Darlehensangebote einzubinden. In diesem Zuge ist eine vertiefte Prüfung und Bewertung der folgenden Instrumente durchzuführen LIP-Darlehen, FEI-Darlehen, Energieeffizienzdarlehen, EFRE-Mikrodarlehen und PFAU-Darlehen. Zudem wird der Einsatz von „Wagniskapital für technologieorientierte Unternehmen (TOU) in der Gründungs- und Wachstumsphase“ auszuloten sein.

→ Innovative Finanzierungs- und Realisierungsmodelle, die eine Partnerschaft mit privaten Investoren beinhalten, können in einem beschränkten Umfang einen Beitrag zur Gewerbeentwicklung leisten. Mit steigender Privatisierung der Finanzierung und der wirtschaftlichen Verantwortlichkeit reduziert sich dabei die Tiefe der Steuerungs- und Einflussmöglichkeit der Stadt. Die Frage der Rentabilität und Amortisation gewinnt bei Vermarktungsentscheidungen unter privater Beteiligung an Bedeutung. Die im Rahmen der Akquisition bestehende Konkurrenz zwischen verschiedenen bremischen Gewerbestandorten muss in geeigneter Weise

geregelt werden. Diese Punkte sind ebenso wie die Umsetzbarkeit der dargestellten Finanzierungsinstrumente noch weiter zu klären.

Umsetzungsstruktur

→ Zum Thema Förderung bremischer Unternehmen durch integrierte Darlehensfonds besteht ein Austausch zwischen den Ressorts des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr. Speziell zur Begleitung eines Gutachtens zur Konkretisierung der Umsetzungsform hat sich ein Steuerungskreis mit Fachreferaten der beiden Ressorts sowie der Bremer Aufbaubank (BAB) gebildet. Zudem werden Kammern und andere Akteure im Rahmen der EFRE-Programmerstellung über die Entwicklung des Themas informiert und insbesondere im Rahmen des EFRE-Begleitgremiums beteiligt.

→ Zur Entwicklung neuer Ansätze der Gewerbeflächen-/Gewerbeentwicklungsfinanzierung werden Möglichkeiten für ein Modellprojekt geprüft, um geeignete Flächen in der Stadt Bremen zu identifizieren und dort Ansätze zur Gestaltung möglicher Partnerschaften mit privaten Investoren zu entwickeln und zu erproben. Aus den hierbei erzielten Erfahrungen können gegebenenfalls Schlüsse für weitere Vorhaben in anderen Immobiliensegmenten gezogen werden. Möglichkeiten für öffentlich-private Kooperationen könnten sich insbesondere bei der Entwicklung von Brachflächen abzeichnen, beispielsweise bei der gemeinsamen Entwicklung öffentlicher und privater Grundstücke.

7 | Strukturpolitische Perspektive

Das „Strukturkonzept Land Bremen 2020“ zeigt die strukturpolitischen Herausforderungen für das Land Bremen auf und identifiziert auf Basis eines ressortübergreifend abgestimmten Verständnisses von Strukturpolitik Leitthemen, deren operative Ebene durch Vertiefungsfelder ausgefüllt wird.

Damit bildet das „Strukturkonzept Land Bremen 2020“ zugleich einen Ausgangspunkt für einen künftigen Austausch zu zentralen strukturpolitischen Themen, um den Umsetzungsstand zu reflektieren und bedarfsweise neue ressortübergreifende Aktivitäten zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund erzielt das „Strukturkonzept Land Bremen 2020“ folgenden Mehrwert für die künftige Strukturpolitik des Landes Bremen:

Das „Strukturkonzept Land Bremen 2020“ dient der Begleitung und Verankerung strukturpolitisch bedeutender Themen in der Landespolitik. Eine strategische Orientierung erleichtert es, der Verwaltung und den regionalen Akteuren ihre Ressourcen zu bündeln und die strukturpolitisch relevanten Themen und Ziele gemeinsam anzugehen.

Die Strukturpolitik wird ressortübergreifend umgesetzt, wobei bestehende Kooperationen fortgeführt und gegebenenfalls ausgeweitet werden. Langfristig bietet sich die Chance für ein systematisches kooperatives Miteinander im Einklang zu den gesetzten Verwaltungsstrukturen, um strukturpolitische Ziele gemeinsam angehen zu können.

Das „Strukturkonzept Land Bremen 2020“ ermöglicht die Transparenz der landesweiten Strukturpolitik nach innen und außen. Dies dient der Stärkung eines laufenden Austausches zu zentralen strukturpolitischen Themen innerhalb der Verwaltung sowie im Dialog mit den regionalen Akteuren.

Impressum

Herausgeber:
Der Senator für Wirtschaft,
Arbeit und Häfen
Zweite Schlachtpforte 3
28195 Bremen
www.wirtschaft.bremen.de

